



Rekordzuwanderung nicht nur aufgrund der Flucht aus der Ukraine

Eine Betrachtung der im Jahr 2022 bedeutendsten Wanderungsbewegungen

Wido Geis-Thöne

Köln, 12.09.2023

IW-Report 42/2023

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

[@iw_koeln](https://twitter.com/iw_koeln)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](https://www.linkedin.com/company/institut-der-deutschen-wirtschaft)

Instagram

[@IW_Koeln](https://www.instagram.com/iw_koeln)

Autoren

Dr. Wido Geis-Thöne

Senior Economist für Familienpolitik und
Migrationsfragen

geis-thoene@iwkoeln.de

0221 – 4981-705

**Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de**

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

August 2023

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Einleitung	5
2 Aktuelle Entwicklung der Zuwanderung.....	6
3 Flucht aus der Ukraine	10
4 Zuzug Geflüchteter aus anderen Ländern.....	13
5 Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern	16
6 Zuwanderung aus den Westbalkanländern	18
7 Zuwanderung aus der Türkei	20
8 Zuwanderung aus Indien	22
9 Fazit und Ableitungen für die Politik	24
10 Abstract.....	26
Abbildungsverzeichnis.....	27
Literaturverzeichnis	27

JEL-Klassifikation

F22 – Internationale Wanderungsbewegungen

J15 – Wirtschaftliche Bedeutung von zugewanderten Personen

K37 – Zuwanderungsrechtlicher Rahmen

Zusammenfassung

Im Jahr 2022 sind so viele Menschen nach Deutschland zugewandert wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Rund 1,46 Millionen Personen sind mehr hierher zugezogen, als das Land verlassen haben, was über ein Viertel mehr als der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2015 von 1,14 Millionen ist. Ausschlaggebend hierfür war vor allem die Fluchtbewegung in Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar. Insgesamt sind von dort im Jahr 2022 per Saldo 960.000 Personen nach Deutschland gekommen. Dabei war es in ihrem Fall erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik für aus einem Kriegsgebiet Flüchtende möglich, visumfrei nach Deutschland einzureisen, was den Zuzug weit einfacher als für Geflüchtete aus dem außereuropäischen Ausland macht. So könnte es bei einer Verbesserung der Lage in der Ukraine auch schnell zu einer vergleichsweise starken Rückwanderung kommen. Wie sich die Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine längerfristig auf die Fachkräftesicherung und die öffentlichen Haushalte auswirken wird, lässt sich aktuell noch nicht abschätzen, da ihre Integration noch ganz am Anfang steht.

Lässt man die Zuwanderung aus der Ukraine außer Acht, wurde mit einer Gesamtzuwanderung von per Saldo 503.000 Personen aus anderen Ländern im Jahr 2022 noch immer ein im historischen Vergleich sehr hohes Niveau erreicht. Dies geht zu bedeutenden Teilen auf einen wieder verstärkten Zuzug Geflüchteter aus dem außereuropäischen Bereich zurück. So wurden im Jahr 2022 insgesamt 218.000 Erstanträge auf Asyl gestellt, die meisten hiervon mit 71.000 Personen von syrischen Staatsangehörigen. Dabei ist die Tendenz weiter steigend. Im ersten Halbjahr 2023 lag die Zahl der Asylanträge bereits bei 150.000. Anzumerken ist, dass ukrainische Staatsangehörige in Deutschland aktuell auf anderem Weg Flüchtlingsschutz erhalten. Viele dieser Geflüchteten aus dem außereuropäischen Bereich bringen nur ein sehr niedriges Qualifikationsniveau mit, tun sich in Folge am deutschen Arbeitsmarkt schwer und sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Daher ist ihr Zuzug trotz der zunehmenden demografischen Lücken bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aus wirtschaftlicher Sicht auch nicht unbedingt vorteilhaft für Deutschland. Allerdings ist im Blick zu behalten, dass die Aufnahme Geflüchteter aus humanitären Erwägungen erfolgt und daher auch nicht vorwiegend anhand ökonomischer Kriterien bewertet werden sollte.

Anders stellt sich die Lage bei der Zuwanderung aus den neuen EU-Mitglieds- und den Westbalkanländern dar, die mit Salden von 78.000 und 65.000 Personen im Jahr 2022 ebenfalls sehr bedeutend war. Den von dort zuziehenden Personen gelingt es zumeist, sich am deutschen Arbeitsmarkt gut zu integrieren, sodass sie auch in substantiellem Maß zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte beitragen. Allerdings sind diese Herkunftsregionen ebenfalls stark vom demografischen Wandel betroffen. Dies hat nicht nur einen negativen Effekt auf die zukünftigen Migrationspotenziale, sondern spricht auch gegen eine prioritäre Anwerbung von Fachkräften für den deutschen Arbeitsmarkt. Daher muss eine gezielte Strategie zur Sicherung der Fachkräftebasis durch Zuwanderung ihren Schwerpunkt auch auf demografiestarke Staaten aus dem außereuropäischen Bereich haben. Hier konnte Deutschland in den letzten Jahren in Indien bereits größere Erfolge erzielen. Im Jahr 2022 sind rund 38.000 Personen mehr aus Indien nach Deutschland zugewandert, als das Land dorthin verlassen haben und die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit indischer Staatsangehörigkeit übten mit einem Anteil von 56,5 Prozent im September 2022 sehr häufig Tätigkeiten aus, die typischerweise einen Hochschul- oder Fortbildungsabschluss zum Meister, Techniker oder Fachwirt voraussetzen. Zwar erfolgt auch aus anderen außereuropäischen Ländern, wie Ägypten, Indonesien und Kolumbien eine mit Blick auf die Fachkräftesicherung und Stabilisierung der öffentlichen Haushalte sehr günstige Zuwanderung, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau. Dabei geht die herausragende Stellung Indiens zu bedeutenden Teilen darauf zurück, dass hier mehr als ein Sechstel der Weltbevölkerung lebt.

1 Einleitung

Ohne starke Zuwanderung dürfte es in den nächsten Jahren nur sehr schwer möglich sein, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und das Wohlstandsniveau der Bevölkerung in Deutschland zu erhalten. So kamen am 31.12.2022 auf 13,06 Millionen Personen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren, die den Arbeitsmarkt auf absehbare Zeit altersbedingt verlassen werden oder dies bereits getan haben, nur 8,46 Millionen Personen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren, die sie hier ersetzen können. Dabei wäre das Verhältnis noch deutlich ungünstiger, hätte in den letzten Jahren nicht bereits eine starke Zuwanderung stattgefunden. So wurden in den Jahren 1998 bis 2007 in Deutschland nur 7,23 Millionen Kinder geboren, die Ende 2022 das Alter von 15 bis 24 Jahren erreicht hatten (Statistisches Bundesamt, 2023a; eigene Berechnungen). Die durch dieses demografische Ungleichgewicht entstehende Lücke bei der Versorgung der Wirtschaft mit Arbeitskräften dürfte so groß sein, dass sie sich allein durch eine Stärkung der Erwerbsbeteiligung bisher nicht oder nur in beschränktem Umfang am Arbeitsmarkt aktiver Personengruppen im Inland, wie Ältere und Mütter, kaum schließen lässt. Auch benötigen entsprechende Maßnahmen teilweise viel Zeit, bis sie ihre Wirkung voll entfalten. Der in diesem Kontext sehr bedeutsame Übergang zur Rente mit 67 ist etwa erst im Jahr 2031 vollständig abgeschlossen (Geis-Thöne, 2022a).

Bereits im letzten Jahrzehnt hat Zuwanderung einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung der Arbeitskräftebasis in Deutschland geleistet. So ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne deutsche Staatsangehörigkeit zwischen März 2010 und März 2023 von 1,84 Millionen auf 5,21 Millionen gestiegen. Dies ist nicht nur nahezu eine Verdreifachung, die Differenz von 3,37 Millionen entspricht auch annähernd einem Zehntel aller 34,65 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im März 2023 (Bundesagentur für Arbeit, 2023a). Dabei sind viele dieser Personen in Berufen tätig geworden, die ein hohes Qualifikationsniveau voraussetzen. Betrachtet man nur die Experten- und Spezialistentätigkeiten, für die in der Regel ein Hochschul- oder Fortbildungsabschluss zum Meister, Techniker oder Fachwirt notwendig ist, war allein im kürzeren Zeitraum zwischen September 2015 und September 2022 nahezu eine Verdopplung von 459.000 auf 881.000 Beschäftigte ohne deutsche Staatsangehörigkeit zu verzeichnen (Bundesagentur für Arbeit, 2023a, b; eigene Berechnungen). Sehr häufig wurden die zugewanderten Fachkräfte dabei auch im MINT-Bereich aktiv, der stark unter Engpässen an Erwerbspersonen mit passenden Qualifikationen leidet (Anger et al., 2023). Damit dürfte ihr tatsächlicher Beitrag zur Sicherung von Wachstum und Wohlstand in Deutschland auch noch größer sein, als es die einfachen Beschäftigtenzahlen implizieren.

Allerdings sind bei weitem nicht alle in den letzten Jahren ins Land gekommenen Personen am Arbeitsmarkt erfolgreich. So ist die Zahl der erwerbsfähigen Beziehler von Leistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch (also Bürgergeld bzw. zuvor Arbeitslosengeld II) ohne deutsche Staatsangehörigkeit zwischen 15 Jahren und Erreichen der Regelaltersgrenze für die Rentenversicherung zwischen Februar 2010 und Februar 2023 von 1,00 Millionen auf 1,80 Millionen gestiegen. Da die Zahl der inländischen Beziehler vor dem Hintergrund der positiven konjunkturellen Entwicklung gleichzeitig von 3,95 Millionen auf nur noch 2,12 Millionen zurückgegangen ist, bedeutet dies mehr als eine Verdopplung des Anteils der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit von 20,2 Prozent im Februar 2010 auf 46,0 Prozent im Februar 2023. In ähnlicher Weise ist in diesem Zeitraum auch der Anteil der Nichtdeutschen an den Arbeitslosen von 15,0 Prozent auf 36,2 Prozent gestiegen (Bundesagentur für Arbeit, 2023a; eigene Berechnungen). Dabei stellen die staatlichen Transferleistungen eine substanzielle Belastung für die öffentlichen Haushalten dar, die vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ohnehin vor großen Herausforderungen stehen. So erfolgt derzeit insbesondere in der gesetzlichen Rentenversicherung eine Verschiebung hin zu mehr Leistungsempfängern und weniger

Nettobeitragszahlern. Diese wird durch die Zuwanderung allerdings abgemildert werden, sofern die ins Land kommenden Personen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen.

Obwohl Deutschland auf Fachkräfte aus dem Ausland dringend angewiesen ist, um Wachstum und Wohlstand zu sichern, sind also nicht alle Formen der Zuwanderung aus ökonomischer Sicht auch vorteilhaft. Daher gilt in der Migrationspolitik auch kein pauschales je mehr, desto besser. Vielmehr muss sie die Zuwanderungsformen stark fördern, die tatsächlich in substantiellem Maß zu Fachkräftesicherung und Stabilisierung der öffentlichen Haushalte beitragen, und bei anderen Migrationsformen unter Wahrung ethischer Grundsätze eher restriktiv vorgehen. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden die aktuelle Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland im Jahr 2022 analysiert. Dazu wird zunächst ein Überblick über die sie prägenden Wanderungsbewegungen gegeben und dann auf die bedeutendsten von ihnen in getrennten Abschnitten detaillierter eingegangen. Abschließend werden ein Fazit gezogen und mögliche Ableitungen für die Migrationspolitik diskutiert.

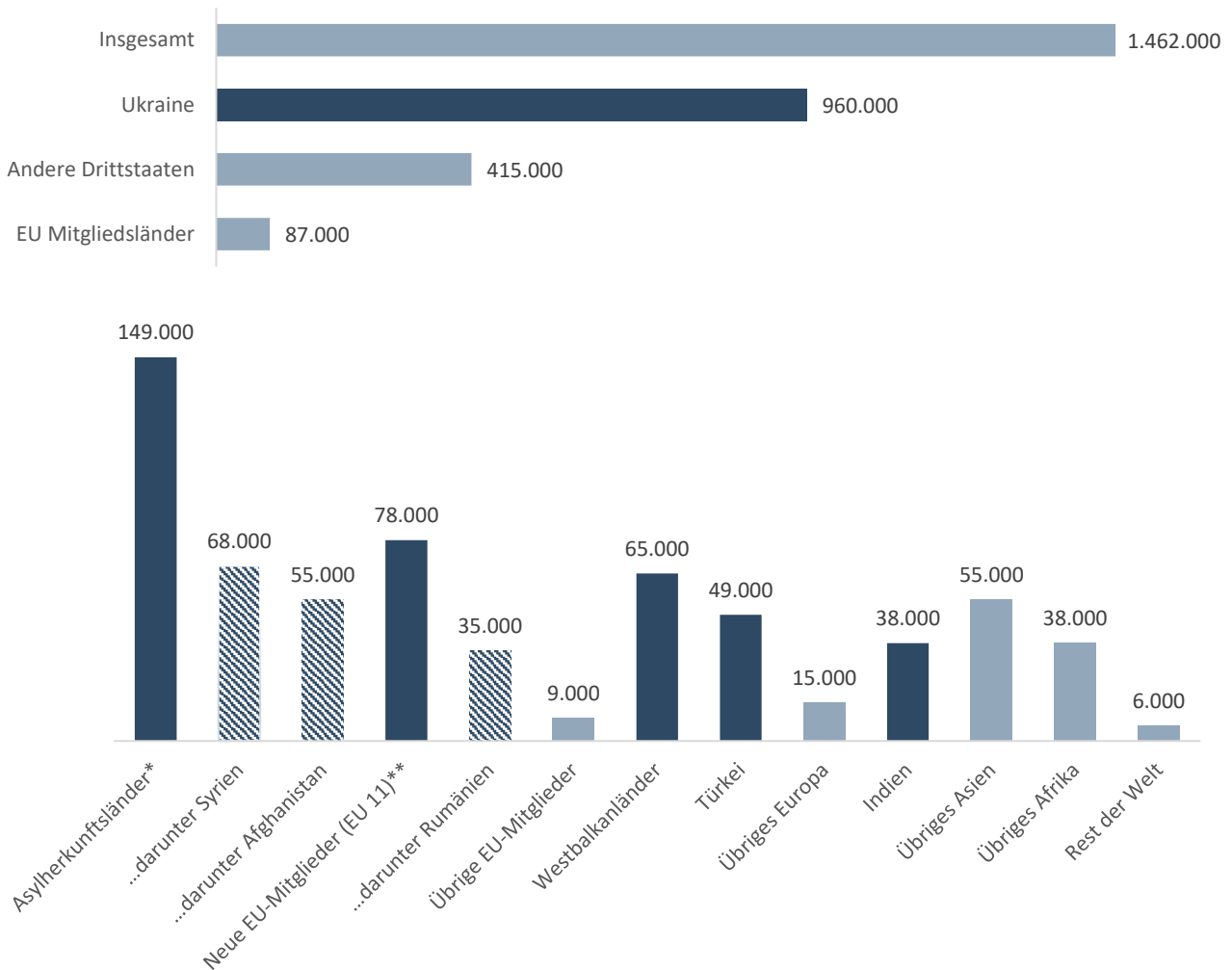
2 Aktuelle Entwicklung der Zuwanderung

Im Jahr 2022 sind der Wanderungsstatistik zufolge 2,67 Millionen Zuzüge aus dem Ausland nach Deutschland erfolgt. Das ist die mit weitem Abstand höchste Zahl in einem Jahr in der Geschichte der Bundesrepublik. Selbst im bisherigen Spitzenjahr 2015 lag der Wert mit 2,14 Millionen um rund ein Fünftel niedriger. Zieht man hiervon die Zahl der Fortzüge ins Ausland ab, kommt man für das Jahr 2022 auf eine Nettozuwanderung von 1,46 Millionen Personen. Im Jahr 2015 waren es 1,14 Millionen. Dabei ist mit einem Wanderungssaldo von 711.000 Personen fast die Hälfte dieser Nettozuwanderung in den Monaten März und April und damit unmittelbar nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine erfolgt (Statistisches Bundesamt, 2023a; eigene Berechnungen). Auch im gesamten Jahr 2022 haben die vor dem russischen Angriffskrieg geflüchteten ukrainischen Staatsangehörigen das Wanderungsgeschehen stark dominiert. So entfielen auf die ukrainischen Staatsangehörigen mit 960.000 Personen rund 65,6 Prozent der Nettozuwanderung. Gleichzeitig lag allerdings auch die Zuwanderung aus den anderen Weltregionen mit 503.000 Personen auf einem historisch sehr hohen Niveau, das die gesamte Zuwanderung im letzten Jahrzehnt nur in den Jahren 2014 und 2015 überschritten hatte (Statistisches Bundesamt, 2023b).

Die zweitstärkste Zuwanderung erfolgte aus Syrien mit 68.000 Personen und an dritter Stelle folgte Afghanistan mit 55.000. Insgesamt kommen die acht Hauptasylherkunftsländer Afghanistan, Eritrea, Iran, Irak, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien auf eine Nettozuwanderung von rund 149.000 Personen und damit weit mehr als ein Viertel aller Länder außer der Ukraine. Die viertstärkste Zuwanderung erfolgte aus der Türkei mit rund 49.000 Personen und die fünftstärkste aus Indien mit 38.000 Personen. Da diese beiden Herkunftsländer eine Reihe spezifischer Besonderheiten aufweisen, werden sie hier und im Folgenden nur einzeln betrachtet. An sechster Stelle folgen die rumänischen Staatsangehörigen mit 35.000 Personen. Insgesamt ergibt sich für die neuen EU-Mitgliedsländer eine Nettozuwanderung von ausländischen Staatsangehörigen laut Ausländerstatistik von 78.000 Personen, was mehr als einem Siebtel des Gesamtwerts ohne die Ukraine entspricht. Eine weitere bedeutende und dementsprechend auch im Folgenden getrennt betrachtete Gruppe waren Personen mit Staatsangehörigkeiten der Westbalkanländern mit einer Nettozuwanderung von 65.000 Personen.

Abbildung 2-1: Nettozuwanderung im Jahr 2022 nach Herkunftsregionen

Wanderungssalden laut Wanderungsstatistik, hervorgehoben sind die in den folgenden Abschnitten getrennt betrachteten Herkunftsregionen



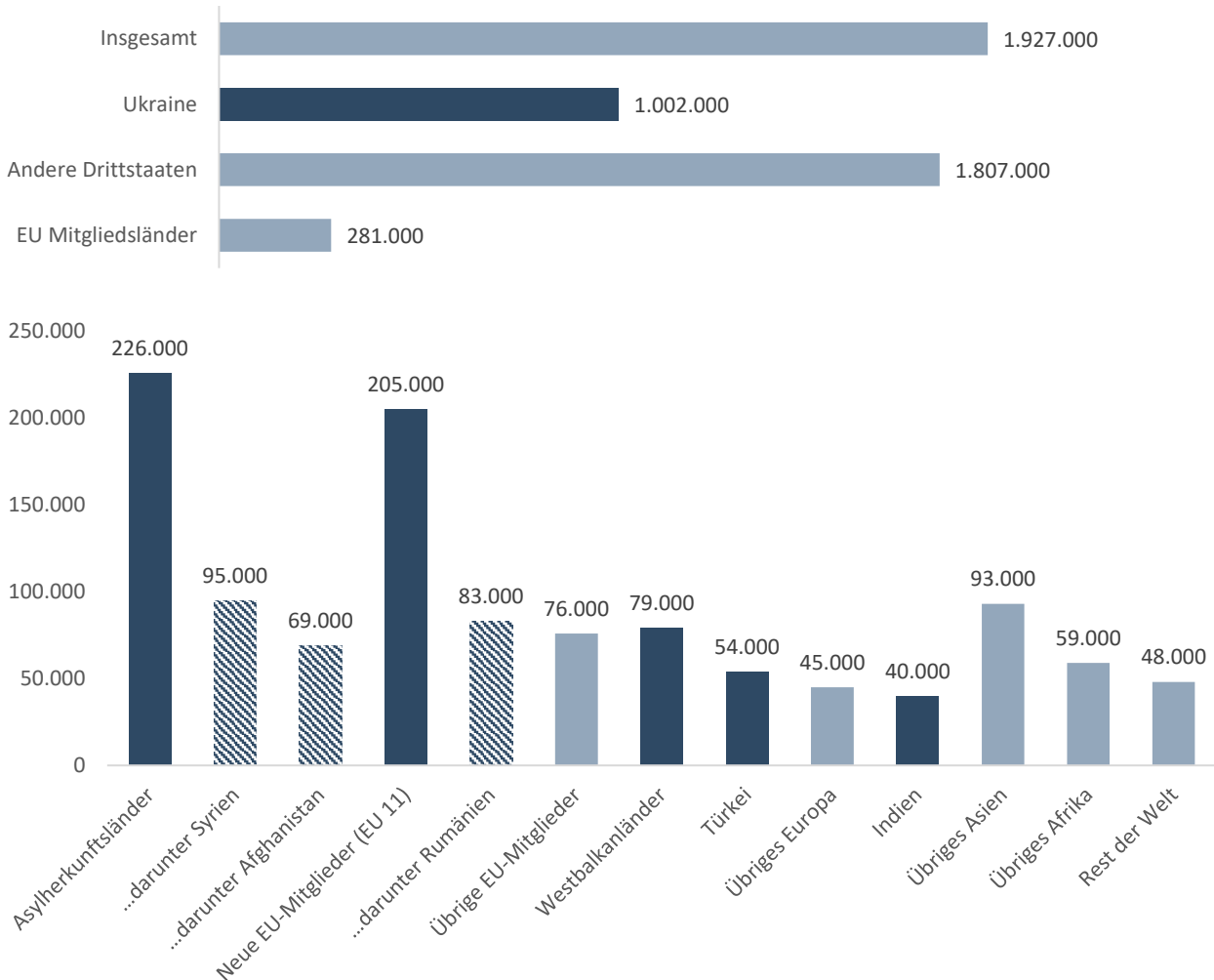
*Afghanistan, Eritrea, Iran, Irak, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien **Seit dem Jahr 2004 beigetretene Länder ohne Malta und Zypern

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2023a; eigene Berechnungen

Nimmt man statt der Wanderungssalden die Zahlen der im Jahr 2022 zugezogenen und am 31.12.2022 noch in Deutschland lebenden Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in den Blick, ändert sich das Bild deutlich. Diese sind die geeignete Kenngröße, wenn man sich mit politischen Fragestellungen beschäftigt, bei denen die Gesamtzahlen der Neuzugewanderten und nicht die Wanderungssalden relevant sind, wie dies etwa beim Bedarf an Unterstützungsinfrastrukturen im Bereich der Integration der Fall ist. So kommen die ukrainischen Staatsangehörigen mit 1,00 Millionen von 1,93 Millionen hier nur auf einen Anteil von 52,0 Prozent. Dafür ist der Wert für die neuen EU-Mitgliedsländer mit 205.000 Personen mehr als doppelt so hoch wie bei der Nettozuwanderung (Abbildung 2-2). Dies erklärt sich damit, dass im Jahr 2022 viele Personen aus Deutschland dorthin zurückgekehrt oder weggezogen sind, wohingegen die Wanderungsbewegung aus der Ukraine vollkommen einseitig war. Besonders große Unterschiede zwischen den beiden Indikatoren ergeben sich für die übrigen EU-Länder und das übrige Europa, was darauf zurückgeht, dass im Jahr 2022 in die Schweiz, Österreich und einige weitere Länder per Saldo eine Abwanderung erfolgt ist.

Abbildung 2-2: Im Jahr 2022 zugewanderte, am 31.12.2022 in Deutschland lebende Ausländer

Gerundete Zahlen laut Ausländerstatistik, hervorgehoben sind die in den folgenden Abschnitten getrennt betrachteten Herkunftsregionen

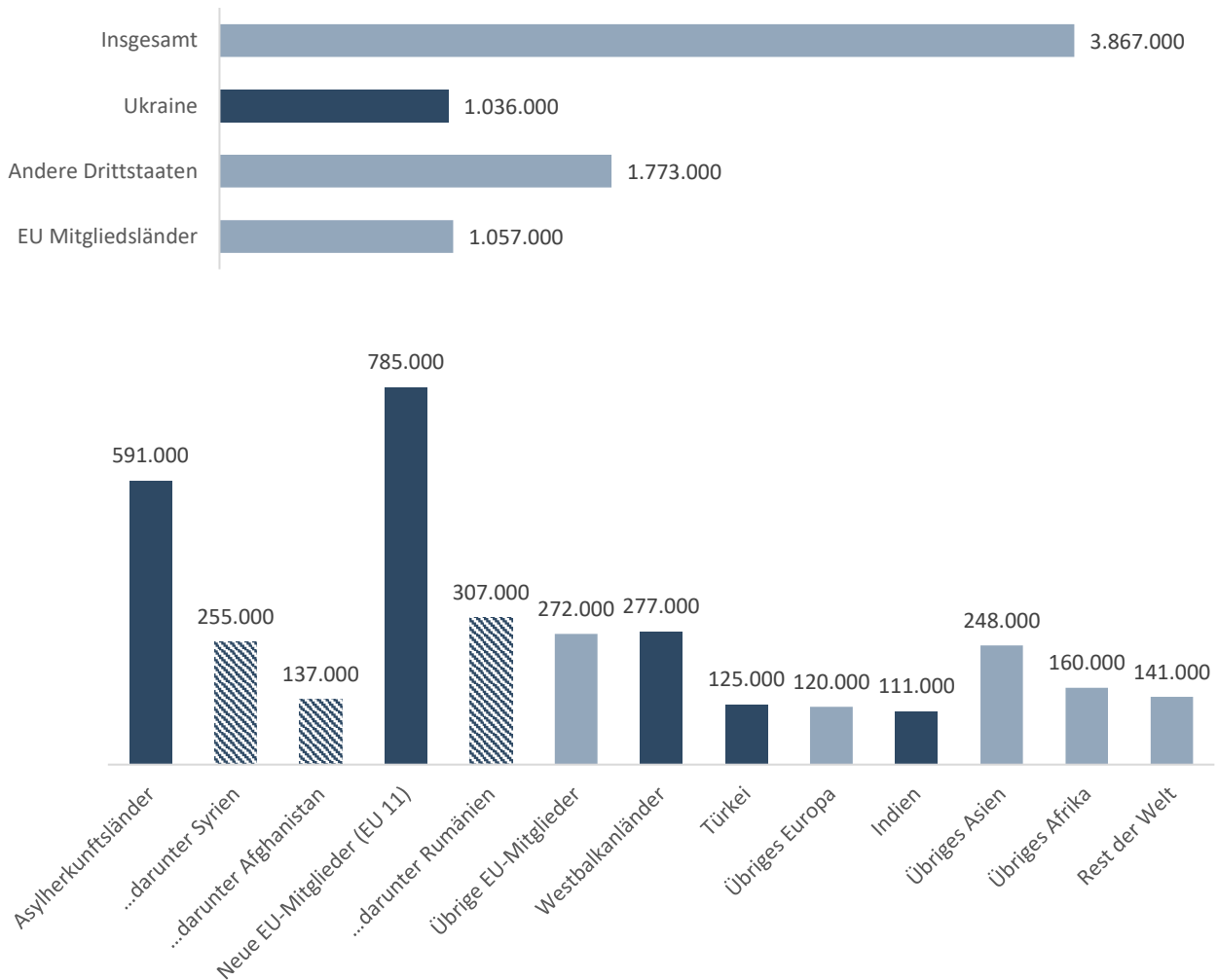


Quelle: Statistisches Bundesamt, 2023a; eigene Berechnungen

Bei den meisten Wanderungsbewegungen handelt es sich um längerfristige Prozesse, die sich nicht auf ein einzelnes Jahr beschränken. Daher wurden in Abbildung 2-3 auch die Gesamtzahlen der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit einer Aufenthaltsdauer von unter vier Jahren am 31.12.2022 dargestellt. Hier sind die Ukrainer mit 1,04 Millionen oder 26,8 Prozent zwar auch die größte Gruppe, aber weit weniger dominant als bei der Zuwanderung nur im Jahr 2022. Hingegen sind die neuen EU-Mitgliedsländer mit einem Anteil von 20,3 Prozent gegenüber 10,7 Prozent bei den erst im vergangenen Jahr Zugewanderten deutlich häufiger vertreten. Auch liegt Rumänien mit 307.000 Personen noch vor Syrien mit 255.000 Personen an zweiter Stelle nach der Ukraine. Beachtlich ist die Gesamtzahl der in den letzten vier Jahren zugewanderten Ausländer von 3,87 Millionen, was nahezu einem Zwanzigstel der deutschen Gesamtbevölkerung entspricht. Damit ist die Zuwanderung derzeit auch so stark, dass sie demografische Prozesse grundlegend verändert und etwa die vor dem Hintergrund der wesentlich höheren Zahlen an Sterbefällen als Geburten an sich zu erwartende Bevölkerungsschrumpfung nicht stattfindet.

Abbildung 2-3: In den letzten vier Jahren zugewanderte Ausländer nach Herkunftsregionen

Gerundete Zahlen der Personen mit einer Aufenthaltsdauer unter vier Jahren laut Ausländerstatistik, hervorgehoben sind die in den folgenden Abschnitten getrennt betrachteten Herkunftsregionen

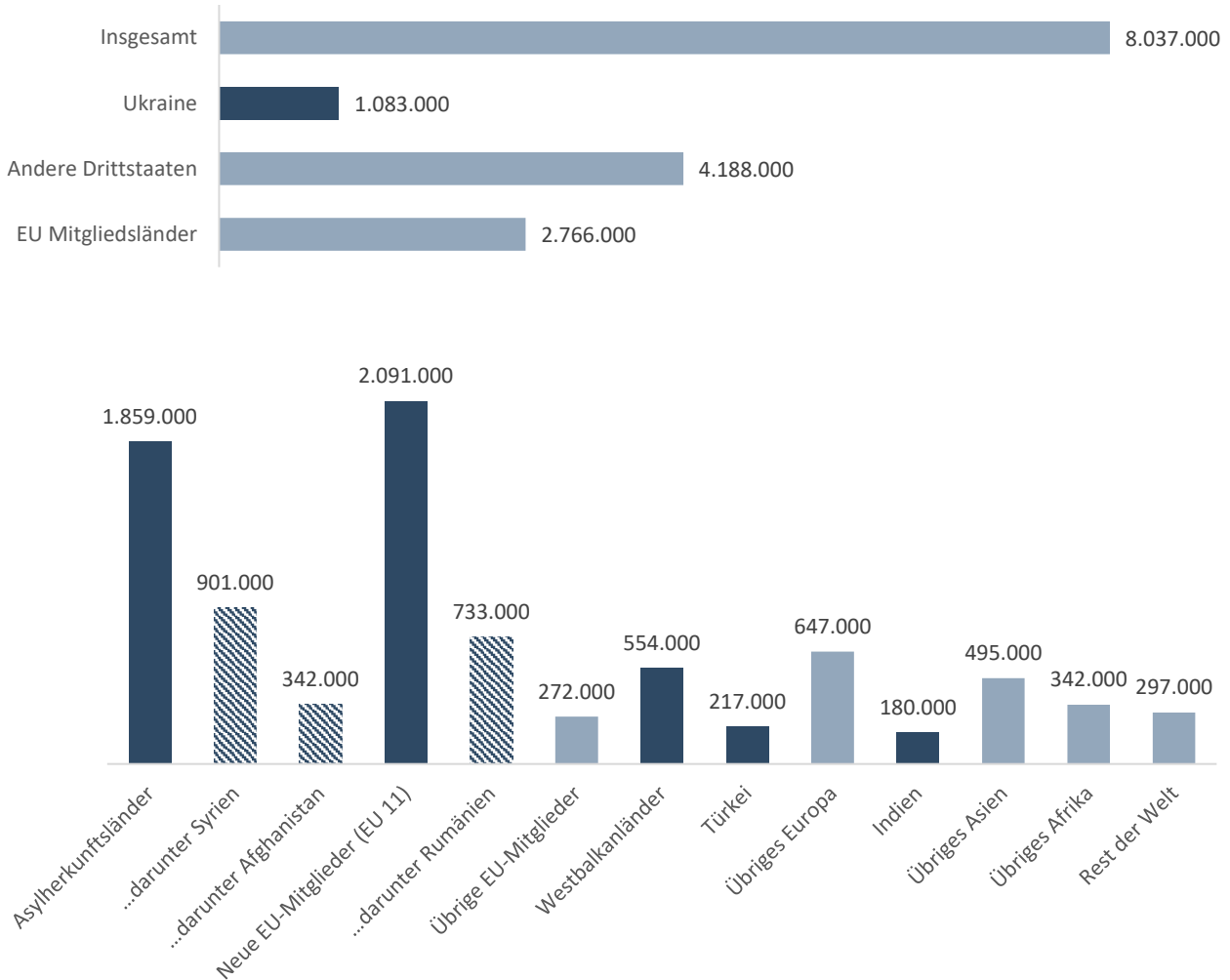


Quelle: Statistisches Bundesamt, 2023a; eigene Berechnungen

Weitet man den Blick nochmals und betrachtet die in den vorangegangenen zehn Jahren eingereisten Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, kommt man auf eine Gesamtzahl von 8,04 Millionen, was nahezu einem Zehntel der deutschen Gesamtbevölkerung entspricht. Die größte Gruppe unter diesen stellen mit 2,09 Millionen oder einem Anteil von 26,0 Prozent die Staatsangehörigen der neuen EU-Mitgliedsländer, gefolgt von Asylherkunftsländern mit 1,86 Millionen oder 23,1 Prozent (Abbildung 2-4). Geht man zehn Jahre zurück, lag der entsprechende Wert am 31.12.2012 nur bei 2,47 Millionen (Statistisches Bundesamt, 2023a; eigene Berechnung). Dabei lebten um das Jahr 2010 auch noch deutlich mehr in den vorangegangenen zehn Jahren aus Deutschland ausgewanderte Personen in einem anderen OECD-Land als in den vorangegangenen zehn Jahren zugewanderte Personen in Deutschland (OECD, 2023, eigene Berechnungen). Auch wenn entsprechende Werte für die heutige Zeit noch nicht vorliegen, kann davon ausgegangen werden, dass sich dies grundlegend geändert hat. Dennoch findet auch heute noch eine Abwanderung aus Deutschland statt, die im migrationspolitischen Diskurs an sich im Blick behalten werden sollte. Allerdings ist das schwierig, da über sie nur sehr wenig bekannt ist (Geis-Thöne, 2022b).

Abbildung 2-4: In den letzten zehn Jahren zugewanderte Ausländer nach Herkunftsregionen

Gerundete Zahlen der Personen mit einer Aufenthaltsdauer unter zehn Jahren laut Ausländerstatistik, hervorgehoben sind die in den folgenden Abschnitten getrennt betrachteten Herkunftsregionen



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2023a; eigene Berechnungen

3 Flucht aus der Ukraine

Die Flucht vor dem russischen Angriffskrieg nach Deutschland stellt nicht nur im Hinblick auf die Zahl der im Jahr 2022 ins Land gekommenen Personen, sondern auch auf den institutionellen Rahmen ihrer Einreise ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland dar. So bestand in ihrem Fall erstmals für von einem Kriegsgeschehen Betroffene keine Visumpflicht. Das bedeutet, dass die ukrainischen Staatsangehörigen mit ihren Pässen ohne Einschränkungen die EU-Außengrenzen überschreiten und sich frei innerhalb der Union bewegen konnten und können. Hinzuweisen ist an dieser Stelle allerdings auf das von ukrainischer Seite erlassene Ausreiseverbot für wehrpflichtige Männer. Auch können sich die ukrainischen Staatsangehörigen vor dem Hintergrund der Visumfreiheit bis zu drei Monate lang mit einem „Touristenstatus“ in Deutschland aufhalten und müssen sich erst nach Ablauf dieser Frist zwingend anmelden und einen Aufenthaltstitel beantragen. Dabei kommen für sie auch nicht die regulären Asylverfahren zum Tragen. Vielmehr wird ihnen

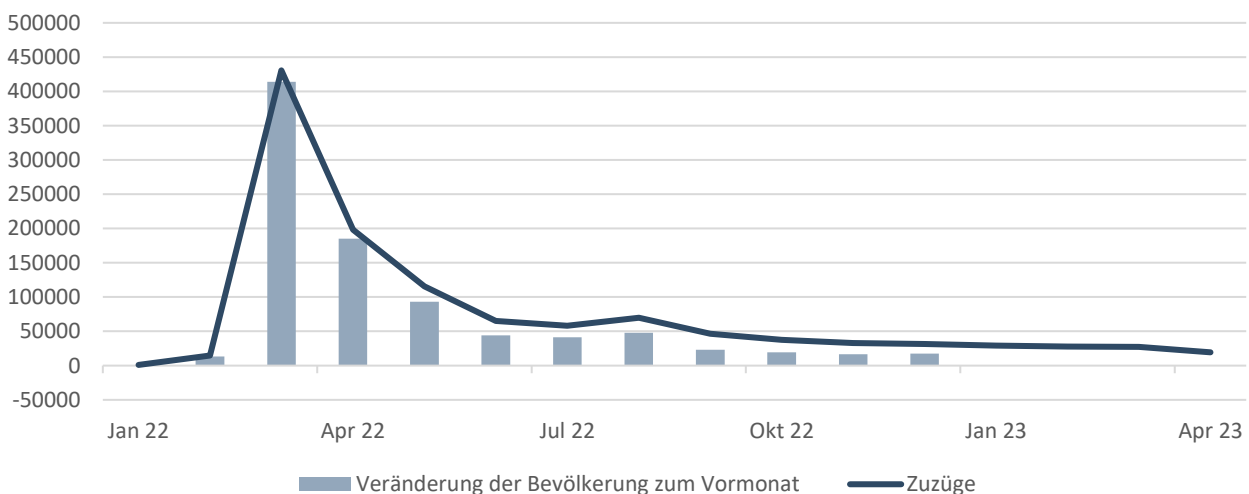
ohne Prüfung der individuellen Fluchtursachen von den Ausländerbehörden eine Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz nach § 24 AufenthG ausgestellt, was zu sehr kurzen Verfahrensdauern im Vergleich zu den regulären Asylverfahren führt. Auch können die Geflüchteten in diesem Rahmen zumeist weitgehend eigenständig darüber entscheiden, wo in Deutschland sie sich aufhalten wollen, obschon eine regionale Umverteilung durch die Behörden nach § 24 AufenthG grundsätzlich möglich ist (Geis-Thöne et al., 2022).

Vor diesem Hintergrund sollten die Zu- und Fortzüge der Geflüchteten aus der Ukraine auch anderen Gesetzmäßigkeiten folgen als die von Asylsuchenden aus anderen Herkunftsregionen. Da die Reise nach Deutschland für Personen aus der Ukraine, die sich für die Flucht entscheiden, vergleichsweise einfach und kostengünstig zu realisieren ist, müssen sie anders als andere Flüchtlinge nicht zunächst Lager im grenznahen Bereich ansteuern und nach einer in der Regel sehr kostspieligen Möglichkeit suchen, wie sie die Grenzen nach Europa ohne gültige Einreisedokumente überwinden können. Dies sollte zur Folge haben, dass kriegerische Ereignisse, die in großem Maße Personen zum Verlassen ihrer Wohnorte zwingen, sehr unmittelbar zu einem starken Anstieg der Zuzugszahlen in Deutschland führen, diese aber auch zeitnah wieder zurückgehen, wenn die spezifischen Fluchtursachen nicht mehr bestehen. Auch könnten die ukrainischen Staatsangehörigen bei einer Verbesserung der Lage in ihrer Heimat häufig und zügig wieder zurückkehren, da sie im Bedarfsfall ohne weiteres auch nochmals nach Deutschland kommen können. Bei anderen Geflüchteten bedeutet die Rückkehr in der Regel eine endgültige Aufgabe des Lebens in Deutschland, für das sie häufig hohe Kosten und Gefahren für Leib und Leben in Kauf genommen haben.

Ob es in den nächsten Jahren tatsächlich zu einer starken Rückkehrbewegung in die Ukraine kommen wird, lässt sich nicht vorhersehen. Aktuell liegen die Zuzugszahlen zwar wesentlich niedriger als unmittelbar nach dem Überfall Russlands im Frühjahr letzten Jahres und haben eine weiter fallende Tendenz (Abbildung 3-1). Jedoch findet noch immer eine starke Zuwanderung aus der Ukraine statt. So kommt man auf einen Wert von über 200.000, wenn man die Veränderung der ukrainischen Bevölkerung in Deutschland zwischen November und Dezember 2022 um 17.500 Personen mit 12 Monaten multipliziert.

Abbildung 3-1: Entwicklung der ukrainischen Bevölkerung in Deutschland

Veränderungen der vorläufigen und monatlichen Bevölkerungsbestände und vorläufige Zuzugszahlen



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2023b; eigene Berechnungen

Sollte der Krieg in der Ukraine immer stärker zu einem Stellungskrieg werden, was wahrscheinlich erscheint, wäre damit zu rechnen, dass sich die rückläufige Tendenz bei den Zuzugszahlen fortsetzt. Sollte es in bisher weniger betroffenen, dicht besiedelten Gebieten zu intensiven kriegerischen Handlungen kommen, wäre es allerdings auch im Rahmen des Möglichen, dass bei den Zahlen der Flüchtenden die Werte des Jahres 2022 sogar noch überschritten werden. Jedoch könnte ein derart hohes Niveau kaum längerfristig Bestand haben, da die ukrainische Gesamtbevölkerung Anfang des Jahres 2022 nur 41,00 Millionen Personen umfasst hatte und bereits stark rückläufig war (Eurostat, 2023). An dieser Stelle unterscheidet sich die Ukraine grundlegend von anderen, noch nicht vom demografischen Wandel betroffenen Herkunftsländern Geflüchteter, wie Syrien und Afghanistan, wo eine starke Auswanderung nicht unbedingt zu einem Einbruch der Bevölkerungsbasis im Land führen muss.

Die Integration der Geflüchteten aus der Ukraine in den deutschen Arbeitsmarkt steht aktuell noch ganz am Anfang. So gingen im Februar 2023 nur 16,5 Prozent der ukrainischen Staatsangehörigen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach und 60,4 Prozent von ihnen bezogen staatliche Transferleistungen nach zweitem Sozialgesetzbuch (Bundesagentur für Arbeit, 2023a). Damit tragen die Geflüchteten aus der Ukraine bislang nur wenig zur Fachkräftesicherung bei. Hier dürfte sich die Lage allerdings noch grundlegend verbessern, da Integrationsprozesse, wie der Spracherwerb, Zeit brauchen. Diese dürften sich für die Geflüchteten aus der Ukraine langwieriger als für andere Zugewanderte gestalten, da sie oft gleichzeitig einen Familienalltag als alleinerziehende Mütter organisieren müssen. So waren 63 Prozent der im Jahr 2023 nach Deutschland zugewanderten Personen weiblich und 35 Prozent unter 18 Jahren alt (Statistisches Bundesamt, 2023b). Allerdings weist eine Studie von Thränhardt (2023) darauf hin, dass in anderen EU-Ländern, wie Polen, ein großer Teil der Geflüchteten aus der Ukraine bereits im Jahr 2022 eine Beschäftigung aufgenommen hat. Vor diesem Hintergrund lässt sich kaum abschätzen, wie gut sich die ukrainischen Staatsangehörigen in Deutschland langfristig am Arbeitsmarkt positionieren werden, sofern sie überhaupt im Land bleiben, sodass sich auch keine fundierte Aussage zu den ökonomischen Effekten ihrer Aufnahme treffen lässt.

Eine Besonderheit der Flucht aus der Ukraine ist, dass durch sie auch sehr viele Kinder und Jugendliche nach Deutschland gekommen sind. So wurden im Juni 2023 an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen insgesamt bereits rund 212.000 Geflüchtete aus der Ukraine unterrichtet (KMK, 2023). Damit hat sich die Engpasssituation an den Schulen, die auch zuvor schon von starken Lehrkräfteengpässen betroffen waren (Geis-Thöne, 2022c), nochmals deutlich verschärft. Sehr belastend für das deutsche Bildungssystem ist die Unsicherheit über den weiteren Verlauf des Krieges und der Wanderungsbewegungen zwischen der Ukraine und Deutschland. So ist nicht absehbar, ob und in welchem Maße noch Kapazitäten an den Schulen und Betreuungseinrichtungen für die Aufnahme weiterer ukrainischer Kinder und Jugendlicher benötigt werden oder bestehende Kapazitäten auf absehbare Zeit bereits wieder abgebaut werden können.

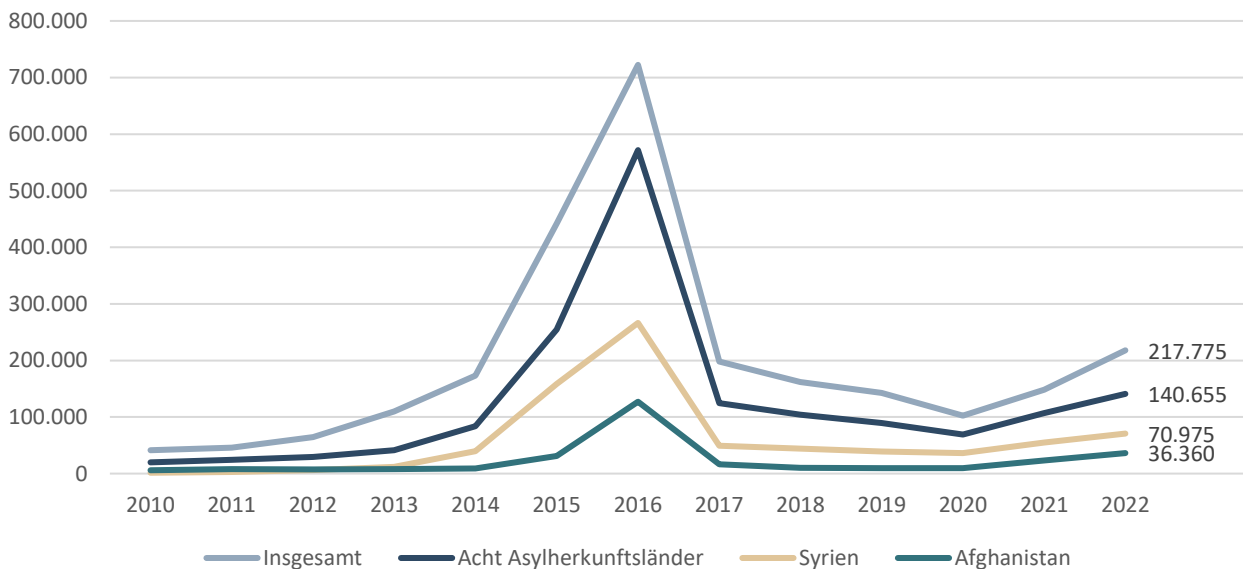
Gestaltungsspielräume für die deutsche Migrationspolitik gibt es bei der Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine fast keine, da zentrale Aspekte der Zugangswege, wie insbesondere die Visumfreiheit, auf EU-Ebene geregelt sind und ein restriktiveres Vorgehen an dieser Stelle mit der grundsätzlichen Unterstützung der Ukraine im Krieg kaum vereinbar wäre. Auch sollte vor ihrem Hintergrund nicht zu stark darauf hingewirkt werden, die zugewanderten Personen möglichst dauerhaft im Land zu halten. Mit dem Zusammentreffen von demografischen und kriegsbedingten Lücken bei der Arbeitskräftebasis wird ein erfolgreicher Wiederaufbau der Ukraine ohne starke Rückkehrbewegung nämlich nur sehr schwer möglich sein.

4 Zuzug Geflüchteter aus anderen Ländern

Neben den Geflüchteten aus der Ukraine suchen in den letzten Jahren auch wieder verstärkt Personen aus anderen Kriegs- und Krisengebieten Schutz in Deutschland. Mit 218.000 hat die Zahl der Erstanträge auf Asyl, die von den ukrainischen Staatsangehörigen nicht gestellt werden müssen, im Jahr 2022 ein Niveau erreicht, das lediglich in den frühen 1990er-Jahren und in der Mitte der 2010er-Jahre noch überschritten wurde. Dabei stammten mit 141.000 nahezu zwei Drittel aus den acht Asylherkunftsländern Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. Die Zusammenfassung dieser acht Länder hat sich in den 2010er-Jahren eingebürgert, da in vielen relevanten Statistiken, wie der Statistik zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, keine Angaben zum aufenthaltsrechtlichen Status erhoben wurden und werden und sich so auf Basis der Staatsangehörigkeiten eine Zuwanderergruppe abgrenzen lässt, die mit den Geflüchteten der 2010er-Jahre möglichst große Überschneidungen aufweist (Geis et al., 2016). Außer, dass sie die Herkunftsorte vieler Geflüchteter in Deutschland waren und sind, haben die acht Länder allerdings wenig gemeinsam und selbst in dieser Hinsicht ist Pakistan mit Asylantragszahlen von weit unter 2.000 im Jahr und geringen Schutzquoten heute kaum mehr als Asylherkunftsland zu werten.

Abbildung 4-1: Entwicklung der Asylbewerberzahlen in Deutschland

Asylerstanträge



Quelle: Eurostat, 2023; eigene Berechnungen

Die mit weitem Abstand größte Gruppe unter den Asylsuchenden waren im Jahr 2022 die syrischen Staatsangehörigen mit einer Gesamtzahl von 71.000 Erstanträgen, was etwa einem Drittel aller und der Hälfte der Personen aus den acht Asylherkunftsländern entsprach. An zweiter Stelle folgten mit rund 36.000 Asylerstanträgen die afghanischen Staatsangehörigen und an dritter Stelle mit rund 24.000 Personen die türkischen Staatsangehörigen, auf die im Abschnitt zur Zuwanderung aus der Türkei detaillierter eingegangen wird. Dabei könnte der vergleichsweise starke Zuzug von Geflüchteten aus Afghanistan zu bedeutenden Teilen durch die Übernahme des Landes durch die Taliban im Sommer des Jahres 2021 (Mielke, 2022) ausgelöst worden sein. Hingegen lässt sich für die syrischen Staatsangehörigkeit kein ähnliches Schlüsselereignis identifizieren.

So ist in ihrem Fall, von einer längerfristigen Zuwanderungsbewegung auf hohem Niveau auszugehen, deren Ende nicht absehbar ist. Dabei lebten Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge in Syrien im Jahr 2021 rund 21,06 Millionen Menschen und es wurden rund 318.000 Kinder mehr geboren als Personen gestorben sind (UN, 2023). Das bedeutet, dass die Bevölkerung auch bei einer Abwanderung in der Größenordnung der Nettozuwanderung von syrischen Staatsangehörigen nach Deutschland von 68.000 Personen im Jahr 2022 (siehe Abschnitt 2) noch weiterwachsen würde und eine derart starke Wanderungsbewegung, anders als im Fall der Ukraine, grundsätzlich auch längerfristig möglich wäre. Ähnliches gilt auch für die anderen Asylherkunftsländer und viele weitere von Kriegen und Krisen betroffene Länder weltweit.

Anders als zu den meisten anderen Wanderungsbewegungen liegen zu den Asylernanträgen aktuelle monatliche Werte vor, sodass sich eine fundierte Aussage zur momentanen Entwicklungstendenz beim Zuzug Geflüchteter treffen lässt. Diese ist weiter steigend. Im ersten Halbjahr 2023 wurden bereits 150.000 Erstanträge auf Asyl gestellt, im Vergleich zu 85.000 im ersten Halbjahr 2022. Allerdings ist dabei bereits im Herbst 2022 ein Niveausprung erfolgt und seitdem sind die typischen saisonalen Schwankungen mit leicht abnehmender Tendenz zu beobachten (Abbildung 4-2). Damit ist auch keine Entwicklung wie im Jahr 2015 zu erwarten. Dennoch wird die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland im Jahr 2023 voraussichtlich nochmals weit höher liegen als im Jahr 2022.

Abbildung 4-2: Aktuelle Entwicklung der monatliche Asylantragszahlen

Asylerstanträge



Quelle: Eurostat, 2023; eigene Berechnungen

Die Lage der syrischen Staatsangehörigen, die die größte Gruppe unter den Geflüchteten stellen, am deutschen Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren zwar grundlegend verbessert, ist aber noch immer als sehr ungünstig einzustufen. So lag der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Februar 2023 nur bei 31,5 Prozent und 50,6 Prozent von ihnen bezogen Leistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch. Nimmt man alle acht Asylherkunftsländer gemeinsam in den Blick, waren die Beschäftigungsquote mit 35,5 Prozent etwas höher und der Anteil der erwerbsfähigen Leistungsbezieher mit 40,0 Prozent deutlich niedriger (Bundesagentur für Arbeit, 2023a). Allerdings ist auch dies noch ein Niveau, bei dem die öffentlichen Haushalte in Deutschland per Saldo stark belastet werden. Gleichzeitig

ist der Beitrag der aus den Asylherkunftsländer zugewanderten Personen zur Fachkräftesicherung als klein einzustufen, da im November 2022 nur 52,4 Prozent der vergleichsweise wenigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine Tätigkeit ausübten, für die in der Regel ein berufsqualifizierender Abschluss erforderlich ist. Bei den syrischen Staatsangehörigen waren es mit 56,2 Prozent etwas mehr (Bundesagentur für Arbeit, 2023a).

Stellt sich die Frage, ob sich dies noch grundlegend ändern wird. Dagegen spricht der häufig sehr niedrige Bildungsstand der Geflüchteten. So hatten mit 31,3 Prozent fast ein Drittel der im Jahr 2021 in Deutschland Asyl suchenden, erwachsenen syrischen Staatsangehörigen nur maximal eine Grundschule besucht und bei den afghanischen Staatsangehörigen lag dieser Anteil mit 44,5 Prozent sogar noch deutlich höher (Heß, 2022). Verfügen zuwandernde Personen über ein so niedriges Qualifikationsniveau, können sie nicht nur unmittelbar nach ihrer Einreise kaum eine Fachkraftstelle einnehmen. Auch eine entsprechende Nachqualifizierung ist in diesem Fall sehr schwierig. Eine betriebliche Ausbildung durchliefen im Jahr 2021 nur 19.000 syrische und 45.000 Staatsangehörige eines der acht Asylherkunftsländer (BiBB, 2023). Behält man im Blick, dass die Gesamtzahlen der in den vorangegangenen zehn Jahren zugewanderten syrischen Staatsangehörigen und Staatsangehörigen eines Asylherkunftslandes im Jahr 2022 bei 900.000 und 1,86 Millionen gelegen haben (Abschnitt 2), kann sich so an den Qualifikationsstrukturen wenig ändern. Zumindest bei den erst in den letzten Jahren ins Land gekommenen Personen wird der Integrationsprozess dennoch noch weiter voranschreiten, was sich auch positiv auf ihre Lage am Arbeitsmarkt auswirken wird.

Aus migrationspolitischer Sicht ist die Aufnahme Geflüchteter aus dem außereuropäischen Ausland ein sehr heikles Thema, da geltendes Recht nicht eingehalten wird. So sieht die sogenannte Dublin-Verordnung Nr. 604 / 2013 des Europäischen Parlaments und Europäischen Rats an sich vor, dass grundsätzlich der Mitgliedstaat der EU für das Asylverfahren zuständig ist, wo die betreffende Person erstmals ohne gültige Dokumente den Boden der EU betreten hat. Hiervon ausgenommen sind lediglich Fälle, in den bereits Familienangehörige in einem EU-Land leben oder das an sich zuständige Land nicht ermittelbar ist. Diese Regeln haben ihren Ursprung im Schengener Abkommen, da ein Verzicht auf Grenzkontrollen grundsätzlich auch eine Koordination beim Umgang mit Personen ohne gültige Dokumente notwendig macht (Geis, 2017). Würde die Dublin-Verordnung in den EU-Mitgliedsländern konsequent umgesetzt, dürften in Deutschland fast keine Asylanträge gestellt werden, da die Geflüchteten in der Regel auf dem Land- oder Seeweg nach Europa kommen und Deutschland über keine entsprechenden Außengrenzen verfügt. Tatsächlich wurden in Deutschland in den letzten Jahren aber immer mehr Asylanträge gestellt als in jedem anderen EU-Mitgliedsland (Eurostat, 2023). Solange sich hieran nichts ändert, laufen politische Entscheidungen, die nur wirksam werden können, wenn geltendes Recht auch umgesetzt wird, sehr schnell ins Leere. Ob sich dies durch den Asylkompromiss der EU-Mitgliedsländer vom Frühjahr 2023 ändern und ein geordnetes System entstehen wird, erscheint nach aktuellem Stand sehr fraglich.

Ein zweites grundlegendes Problem beim Umgang mit den Geflüchteten aus dem außereuropäischen Bereich ist, dass Personen, die in Deutschland und den anderen EU-Ländern Flüchtlingsschutz erhalten können, keine Möglichkeit haben, auf legalem Weg einzureisen. So bleibt ihnen meist nur die Möglichkeit, auf sehr teure und mit Gefahren für Leib und Leben verbundene Angebote von Schlepperbanden zurückzugreifen, um nach Europa zu gelangen. Gleichzeitig wäre vor dem Hintergrund der häufig großen Herausforderungen bei der Integration allerdings auch kaum vorstellbar, allen Personen, die in der EU Asyl beantragen wollen, eine legale Einreise und damit einen einfachen und kostengünstigen Zugang zu ermöglichen. Damit steht die europäische und deutsche Politik vor dem ethischen Dilemma, dass ein starker Schutz der EU-Außengrenzen

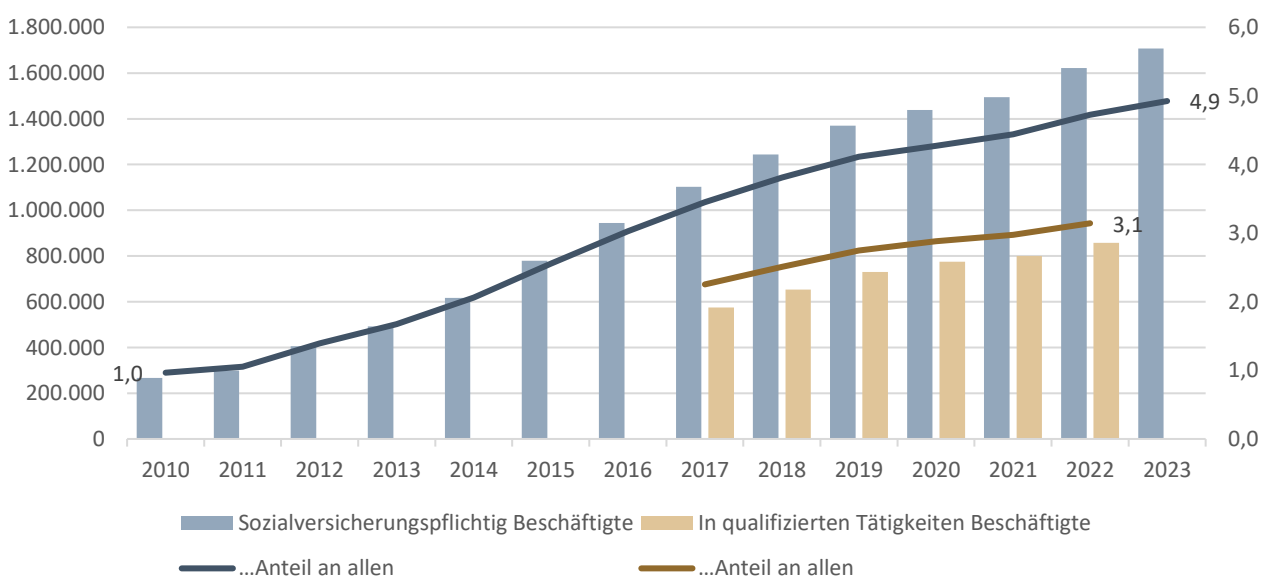
Geflüchtete dazu veranlasst, sich in Gefahren für Leib und Leben zu begeben, und gleichzeitig notwendig ist, um zu verhindern, dass starke Zuwanderungsbewegungen außerhalb des legalen Rahmens erfolgen. Auch vor diesem Hintergrund ist der Umgang mit den Geflüchteten aus migrationspolitischer Sicht ein sehr heikles Thema, sodass sich nur sehr schwer voraussehen lässt, welche Entwicklungen hier zu erwarten sind. Relativ klar ist allerdings, dass auf absehbare Zeit vorwiegend die Durchlässigkeit der EU-Außengrenzen darüber entscheiden dürfte, wie viele Geflüchtete nach Deutschland kommen.

5 Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern

Ohne die starke Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern im letzten Jahrzehnt wäre die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands aller Wahrscheinlichkeit nach deutlich weniger positiv verlaufen. So haben die von dort ins Land gekommenen Personen in bedeutendem Maß dazu beigetragen, dass der demografische Wandel am Arbeitsmarkt erst jetzt zunehmend spürbar wird, indem sie viele der in den letzten Jahren bereits durch das Ausscheiden Älterer freigewordene Stellen besetzt haben. Waren im März 2010 noch nur 267.000 Staatsangehörige eines neuen EU-Mitgliedslandes in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt, lag ihre Zahl im März 2023 mit 1,71 Millionen mehr als sechsmal so hoch. Ihr Anteil an allein sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug zu diesem Zeitpunkt 4,9 Prozent, im Vergleich zu nur 1,0 Prozent im März 2010. Allerdings üben viele dieser Zuwanderer Helfertätigkeiten aus, für die nicht unbedingt ein berufsqualifizierender Abschluss notwendig ist. Betrachtet man nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, deren Tätigkeit in der Regel eine mindestens zweijährige berufsqualifizierende Ausbildung voraussetzt, zeigt sich aber ein starker Anstieg der Zahl der Staatsangehörigen der neuen EU-Mitgliedsländern. Auch ihr Anteil war im März 2022 mit 3,1 Prozent ebenfalls sehr substantiell (Abbildung 5-1).

Abbildung 5-1: Beschäftigte mit Staatsangehörigkeiten der neuen EU-Mitgliedsländern

Nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Werte jeweils für März



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2023a, b; eigene Berechnungen

Anders als die meisten anderen Zuwanderergruppen haben sich die aus den neuen EU-Mitgliedsländern zugezogenen Arbeitskräfte dabei nicht nur in den großen Städten, sondern auch im ländlichen Raum niedergelassen (Geis-Thöne, 2020a), was aus ökonomischer Sicht sehr positiv zu werten ist, da hier die demografische Entwicklung besonders ungünstig verläuft. Zudem kommen aus den neuen Mitgliedsländern auch viele Personen nur vorübergehend als Saisonarbeitskräfte nach Deutschland und helfen so temporäre Spitzen beim Arbeitskräftebedarf abzufedern. Diese üben dann häufig eine kurzfristige Beschäftigung aus und haben den Status von geringfügig Beschäftigten (§ 8 SGB IV). Insgesamt lag die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten mit Staatsangehörigkeiten der neuen EU-Mitgliedsländer im September 2022 bei 152.000 (Bundesagentur für Arbeit, 2023b), wobei hier auch die „klassischen“ Minijobber enthalten sind. Eher selten sind die aus den neuen EU-Mitgliedsländern zugewanderten Personen auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Im Februar 2023 lag der Anteil der Bezieher von Leistungen nach SGB an den erwerbsfähigen Personen mit den Staatsangehörigkeiten der elf Länder nur bei 7,8 Prozent (Bundesagentur für Arbeit, 2023a). Damit dürfte auch der fiskalische Effekt dieser Wanderungsbewegung insgesamt sehr positiv sein.

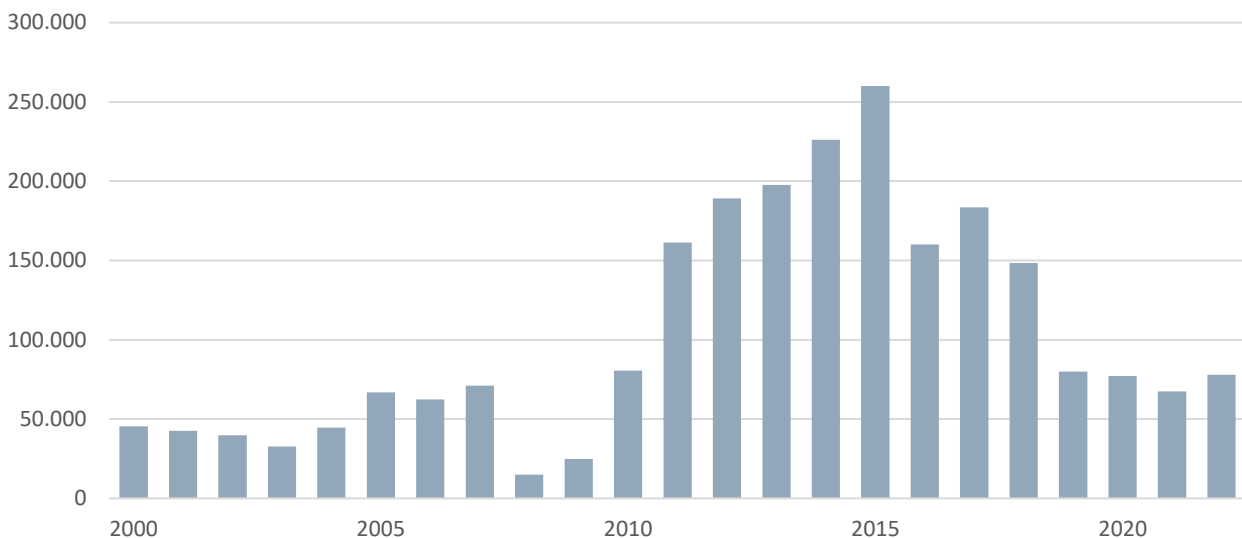
Dies war nicht von vornherein absehbar. So bestanden während der Verhandlungen über den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur EU noch so große Befürchtungen vor den Auswirkungen der Freizügigkeit, dass beschlossen wurde, dass diese von den alten EU-Ländern erst nach einer Übergangsfrist von sieben Jahren zwingend gewährt werden musste. Deutschland hat diese, außer im Fall des erst im Jahr 2013 beigetretenen Kroatiens, voll ausgeschöpft, sodass die Freizügigkeit für Bürger Estlands, Lettlands, Litauens, Polens, Sloweniens, der Slowakei und Tschechiens erst ab dem Jahr 2011 und für Bürger Bulgariens und Rumäniens ab dem Jahr 2014 galt. Kroatische Staatsangehörige erlangten sie im Jahr 2015 (BpB, 2021). So steht die starke Zuwanderungsbewegung aus den neuen EU-Mitgliedsländern im letzten Jahrzehnt auch in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit ihrer Integration in den europäischen Binnenmarkt. Dabei reicht diese über die Möglichkeit, sich frei innerhalb der europäischen Union zu bewegen weit hinaus. So gilt nach Art. 18 AEUV ein grundsätzliches Diskriminierungsverbot für Bürger aus den anderen EU-Mitgliedsländern, das insbesondere auch zur Folge hat, dass sie am Arbeitsmarkt und im Bildungssystem genauso behandelt werden müssen wie deutsche Staatsangehörige. Eine Ausnahme besteht allerdings im Hinblick auf die staatlichen Transferleistungen. Diese ergibt sich daraus, dass nicht erwerbstätige Personen an sich nur bei einem gesicherten Lebensunterhalt freizügigkeitsberechtigt sind (§ 2 i.V.m. § 4 FreizügG/EU). Eine Prüfung, ob dieser vorliegt, erfolgt zwar anders als bei ähnlich lautenden Anforderungen für die Vergabe von Visa und Aufenthaltstiteln nicht, jedoch schließt dies eine Inanspruchnahme der sozialen Sicherung in Deutschland unmittelbar nach Einreise grundsätzlich aus.

In der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre war die Nettozuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern zunächst wieder rückläufig und befindet sich seit dem Jahr 2019 auf einem Niveau von rund 80.000 Personen im Jahr (Abbildung 5-2). Allerdings war der Wert im Jahr 2021 deutlich niedriger, was auf die Corona-Pandemie zurückgehen könnte. Dabei wäre aus demografischer Sicht an sich ein weiterer Rückgang der (Netto-)Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern zu erwarten, da die Bevölkerungen im erwerbsfähigen Alter auch dort aufgrund des demografischen Wandels zunehmend kleiner werden (Geis-Thöne, 2021). Allerdings können andere wirtschaftliche und gesellschaftliche Faktoren dem entgegenwirken, wobei insbesondere auch der Krieg in der nahegelegenen Ukraine einen Einfluss haben kann. In jedem Fall sollte Deutschland, um die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen EU-Mitgliedsländern vor dem Hintergrund der kleiner werdenden Erwerbsbevölkerungen nicht zu gefährden, hier keine gezielten Maßnahmen zur Gewinnung von Fachkräften ergreifen, und bei der Entwicklung einer entsprechenden Migrationsstrategie ohne Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern planen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Mobilität innerhalb

der EU nicht weiter gefördert werden sollte. Da sie nicht nur für den Ausgleich von Ungleichgewichten an den Arbeitsmarkt, sondern auch für das Entstehen neuer Ideen und die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Identität von großer Bedeutung ist, kann sie nach wie vor einen Gewinn für beide Länder darstellen, sofern sie nicht stark einseitigen Charakter hat.

Abbildung 5-2: Entwicklung der Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern

Nettozuwanderung laut Wanderungsstatistik



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2023a; eigene Berechnungen

6 Zuwanderung aus den Westbalkanländern

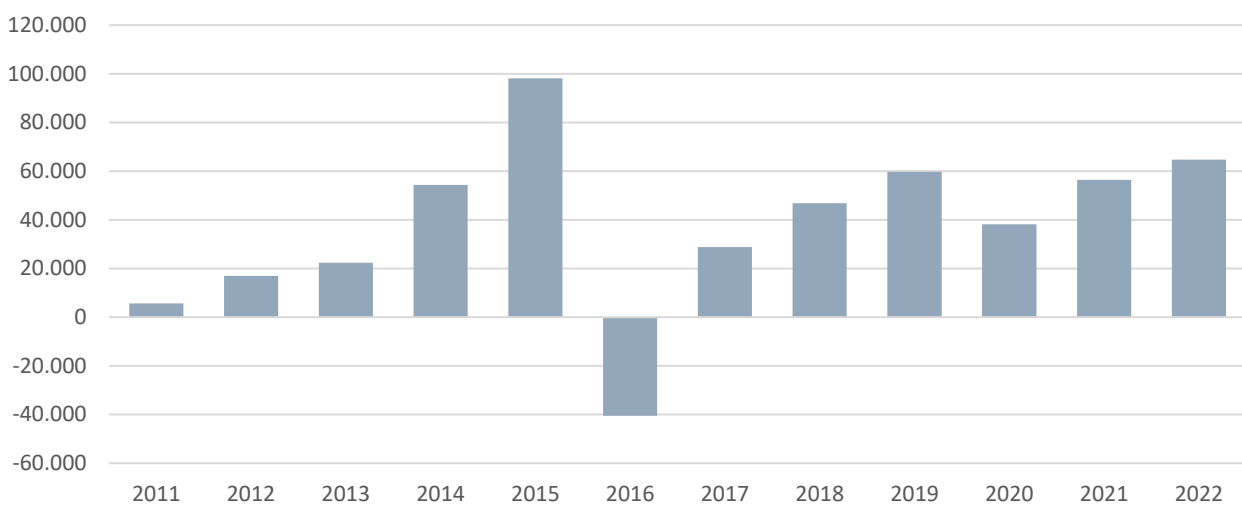
Betrachtet man die Zuwanderung aus den Westbalkanstaaten, muss man immer Blick behalten, dass diese sehr klein sind. So kommen die sechs Länder zusammen nur auf 17,9 Millionen Einwohner und damit weniger als etwa Rumänien allein mit 19,4 Millionen (UN, 2023). Dabei hat der Westbalkan in den letzten Jahrzehnten bereits große Teile seiner Bevölkerung durch Abwanderung verloren (Oruc, 2021) und der demografische Wandel ist hier mit Ausnahme des Kosovos bereits so weit fortgeschritten, dass deutlich weniger Kinder geboren werden als Personen versterben (UN, 2023). Dennoch bestehen hier auch weiterhin substantielle Migrationspotenziale, da sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage in den Westbalkanländern vielfach so schwierig darstellt, dass sich jungen Menschen kaum attraktive Perspektiven bieten. Ursächlich hierfür sind nicht nur institutionelle Probleme, sondern auch die starke Abwanderung (Müller et al., 2017), sodass sich die Länder bis zu einem gewissen Grad in einem Teufelskreis befinden.

In den 2010er-Jahren war die Nettozuwanderung aus dem Westbalkan nach Deutschland zunächst stark angestiegen. Dann kam es im Jahr 2016 jedoch zu einer gegenläufigen Bewegung (Abbildung 6-1). Dies erklärt sich damit, dass bis dahin eine zunehmende Zahl an Asylsuchenden aus den Westbalkanländern nach Deutschland gekommen waren, die ähnlich wie die ukrainischen Staatsangehörigen heute im Rahmen der Visumfreiheit auf legalem Wege in die europäische Union einreisen konnten. Allerdings hatten diese fast keine Chance auf die Gewährung von Flüchtlingsschutz. Daher hatte Deutschland die Bedingungen für die

Asylverfahren von Staatsangehörigen aus den Westbalkanländern in der Mitte des Jahrzehnts sukzessive verschärft und diese etwa als sichere Herkunftsländer eingestuft. Gleichzeitig wurde konsequenter durchgesetzt, dass die abgelehnten Asylbewerber das Land wieder verlassen, was die Rückkehrbewegung im Jahr 2016 maßgeblich erklären dürfte. Um diese Politik abzufedern und einen alternativen Zugangsweg nach Deutschland zu schaffen, wurde die Erwerbszuwanderung im Jahr 2016 mit der Einführung der sogenannten Westbalkan-Regelung wesentlich erleichtert. In ihrem Rahmen kommen allerdings tendenziell andere Personengruppen nach Deutschland als hier zuvor Asylanträge gestellt hatten (Geis, 2018).

Abbildung 6-1: Entwicklung der Zuwanderung aus den neuen Westbalkanländern

Nettozuwanderung laut Wanderungsstatistik



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2023a; eigene Berechnungen

Daraufhin ist die Zuwanderung aus den Westbalkanstaaten in den Jahren 2017 bis 2019 sukzessive wieder angestiegen, bevor es in den Jahren 2020 und 2021 zu einem Einbruch aufgrund der Corona-Pandemie gekommen ist. Dieser war hier wesentlich stärker als bei den geografisch nahegelegenen EU-Mitgliedsländern, was sich damit erklärt, dass die Staatsangehörigen der Westbalkanländer für die Einreise zu einem längerfristigen Aufenthalt in Deutschland auch weiterhin ein Visum benötigen und somit von den Corona-bedingten Behördenschließungen sehr viel stärker betroffen waren. Lange Wartezeiten bei der Visumvergabe hemmen die Erwerbszuwanderung aus den Westbalkanstaaten auch ansonsten (Brücker/Burkert, 2018). Könnten Personen von hier, wie etwa Staatsangehörige Kanadas und der Vereinigten Staaten, im Rahmen der visumfreien Einreise in Deutschland auch einen Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit beantragen, hätte in den letzten Jahren sehr wahrscheinlich eine noch deutlich stärkere Erwerbszuwanderung stattgefunden.

Im Hinblick auf die Lage am deutschen Arbeitsmarkt ähneln die Staatsangehörigen der Westbalkanländer den Zuwanderern aus den anderen EU-Mitgliedsländern relativ. So lag die Beschäftigungsquote bei ihnen im Februar 2023 bei 55,2 Prozent (im Vergleich zu 60,0 Prozent) und der Anteil der Bezieher von Leistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch an den Personen im erwerbsfähigen Alter bei 10,6 Prozent (im Vergleich zu 7,6 Prozent). 60,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit einer Staatsangehörigkeit eines Westbalkanlandes (im Vergleich zu 53,6 Prozent Beschäftigten aus den neuen EU-Mitgliedsländern) übten im November 2022 eine Tätigkeit aus, die in der Regel eine mindestens zweijährige berufsqualifizierende

Ausbildung voraussetzt. Das entspricht einer Gesamtzahl von 263.000 Fachkräften. Für das etwas bevölkerungsstärkere Rumänien, aus dem ebenfalls eine starke Zuwanderung nach Deutschland stattgefunden hat, ergibt sich ein deutlich geringerer Wert von 231.000 Fachkräften (Bundesagentur für Arbeit, 2023a, eigene Berechnungen). So lässt sich festhalten, dass Personen aus den Westbalkanländern im Verhältnis zur Größe der Region, in sehr erheblichem Maße zur Fachkräftesicherung in Deutschland beigetragen haben. Auch dürfte der gesamtfiskalische Effekt dieser Zuwanderungsbewegungen heute eindeutig positiv sein. In der ersten Hälfte der 2010er-Jahre stellte sich die Lage hier noch deutlich anders dar.

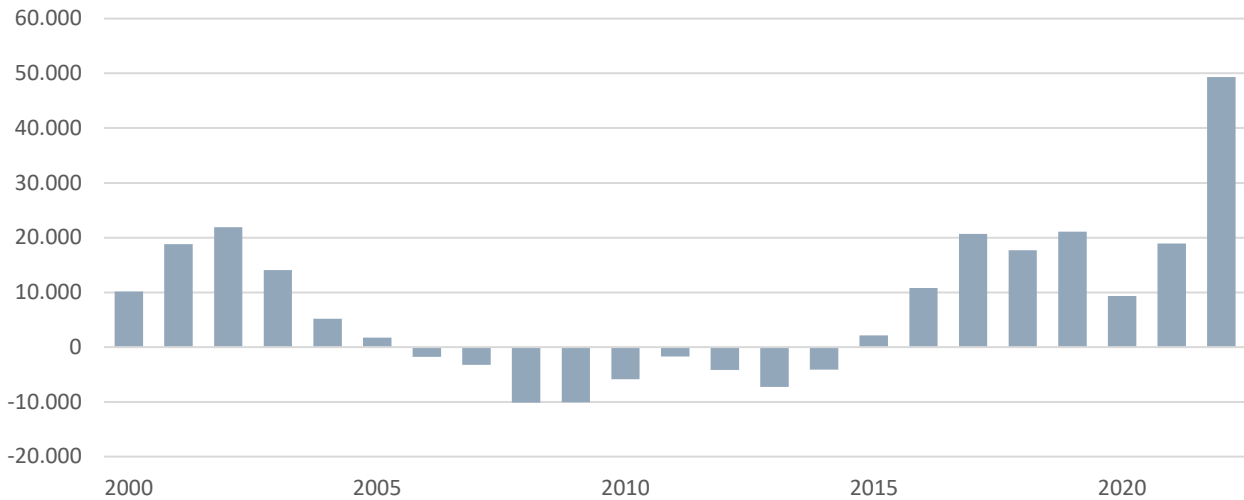
Auch wenn die Westbalkanländer derzeit noch nicht die Voraussetzungen für einen Beitritt zur europäischen Union erfüllen, wäre es sinnvoll, sie zumindest langsam in den europäischen Binnenmarkt zu integrieren. Auch die bestehenden Mitgliedsländer sollten hieran ein großes Interesse haben, da eine vom Binnenmarkt ausgeschlossene Enklave innerhalb des Gebiets der europäischen Union aus geopolitischer Sicht sehr problematisch sein kann. Für Deutschland stellt es kaum ein Risiko dar, wenn den Staatsangehörigen der Westbalkanländer mittelfristig die Freizügigkeit gewährt werden würde. Einerseits sind die Erfahrungen mit der Freizügigkeit für die neuen EU-Mitgliedsländer, die sich in vielen Bereichen nicht grundlegend von den Westbalkanländern unterscheiden, sehr positiv und andererseits sind die Migrationspotenziale dadurch begrenzt, dass diese vergleichsweise klein sind. Bis dahin sollte den Staatsangehörigen der Westbalkanländer der Zugang nach Deutschland bereits sukzessive erleichtert und etwa die Möglichkeit geschaffen werden, dass auch sie im Rahmen der visumfreien Einreise Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit nach § 41 AufenthV erst in Deutschland beantragen können. Wie in den neuen EU-Mitgliedsländern sollte jedoch auf eine gezielte Anwerbung von Fachkräften für den deutschen Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund der sehr ungünstigen demografischen Situation verzichtet werden.

7 Zuwanderung aus der Türkei

Lange Zeit war die Türkei das mit weitem Abstand bedeutendste Herkunftsland von Zuwanderern in Deutschland. So hatte am 31.12.1990 mit 31,7 Prozent fast ein Drittel der in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Personen die türkische Staatsangehörigkeit. Seitdem ist dieser Anteil allerdings sukzessive bis auf nur noch 11,1 Prozent am 31.12.2022 gesunken. Die Gesamtzahl der türkischen Staatsangehörigen in Deutschland hatte am 31.12.1998 mit 2,11 Millionen ihren Höchstwert erreicht und war in Folge bis zum 31.12.2021 ebenfalls stark rückläufig. Zu diesem Zeitpunkt lebten mit 1,46 Millionen nahezu ein Drittel weniger türkische Staatsangehörige in Deutschland als noch im Jahr 1998. Am 31.12.2022 waren es mit 1,48 Millionen allerdings bereits wieder etwas mehr (Statistisches Bundesamt, 2023a; eigene Berechnungen). Diese Entwicklung geht zwar zu bedeutenden Teilen auf die Einbürgerungen türkischer Staatsangehöriger zurück, die mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 deutlich einfacher geworden ist. Allerdings war in den Jahren zwischen 2006 und 2014 auch per Saldo eine Abwanderung in die Türkei zu beobachten (Abbildung 7-1).

Abbildung 7-1: Entwicklung der Zuwanderung aus der Türkei

Nettozuwanderung laut Wanderungsstatistik



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2023a; eigene Berechnungen

Obschon bereits seit dem Jahr 2015 wieder mehr Personen aus der Türkei zuziehen als das Land dorthin verlassen, stellt das Jahr 2022 hier einen Wendepunkt dar. Lag die Nettozuwanderung aus der Türkei in den letzten Jahren mit Ausnahme eines Corona-bedingten Einbruchs im Jahr 2020 bei einer Größenordnung von rund 20.000 Personen im Jahr, waren es im Jahr 2022 mit 49.300 etwa zweieinhalbmal so viele. Sehr stark gestiegen ist auch die Zahl der Asylerstanträge von türkischen Staatsangehörigen von 7.100 im Jahr 2021 auf 23.900 im Jahr 2022 (Eurostat, 2023). Allerdings wurden nur bei 27,9 Prozent der im Jahr 2022 entschiedenen Asylverfahren von türkischen Staatsangehörigen eine Form von Flüchtlingsschutz gewährt (BAMF, 2023). Dies legt den Verdacht nahe, dass eine zunehmende Zahl von Personen aus der Türkei ohne realistische Aussicht auf Flüchtlingsschutz versuchen, über das Asylsystem nach Deutschland zu gelangen. Gleichzeitig gab es im Jahr 2022 auch andere Entwicklungen. So ist die Zahl der in Deutschland Studierenden mit türkischer Staatsangehörigkeit und im Ausland erworbener Hochschulzugangsberechtigung zwischen den Sommersemestern 2017 und 2022 von 6.800 auf 13.000 gestiegen (Statistisches Bundesamt, versch. Jg.). Auch wurden in der Türkei etwa Arbeitskräfte angeworben, um die Lücken an den deutschen Flughäfen während der Sommermonate zu schließen, wobei die Gesamtzahl der in diesem Kontext erteilten Visa allerdings gering war (Tagesschau, 2022). Viele türkische Staatsangehörige dürften vor dem Hintergrund der großen türkischstämmigen Community nach wie vor über den Familiennachzug nach Deutschland kommen (Geis-Thöne, 2020b).

Wie gut sich die neu zugewanderten Personen aus der Türkei in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren, lässt auf Basis der aktuell verfügbaren Daten nicht abschätzen. So stellen sie im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung mit türkischer Staatsangehörigkeit in Deutschland eine so kleine Gruppe dar, dass sie zentrale Indikatoren zur Arbeitsmarktlage, wie die Beschäftigungsquote und den Anteil der Bezieher von Leistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch, nicht in substantiellem Maß verändern können. Damit sind auch keine Aussagen zu den ökonomischen Effekten der aktuellen Zuwanderungsbewegung aus der Türkei möglich, was migrationspolitische Ableitungen schwierig macht. Grundsätzlich gilt allerdings, dass einem verstärkten Zufluss von Asylsuchenden ohne Perspektive auf die Gewährung von Flüchtlingsschutz in jedem Fall entgegen gewirkt und die Zuwanderung von Fachkräften gestärkt werden sollte. Die Türkei befindet sich auch noch in einer günstigen demografischen Lage, sodass hier anders als etwa in den neuen EU-Mitglieds- und den

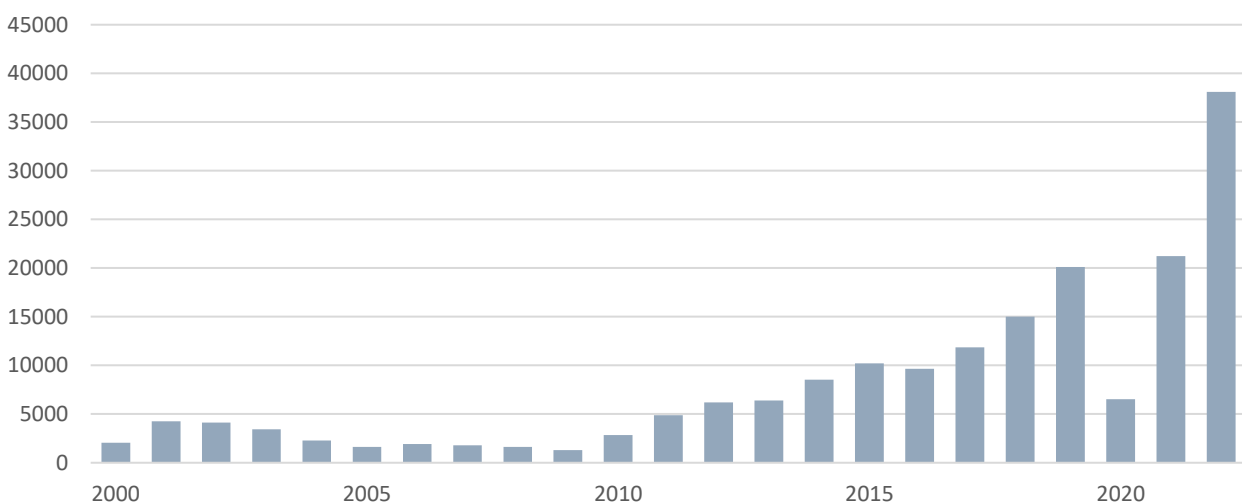
Westbalkanländern eine gezielte Anwerbung grundsätzlich vorstellbar wäre. Abschließend ist an dieser Stelle noch darauf hinzuweisen, dass der für die Zuwanderung aus der Türkei besonders bedeutende Familiennachzug kaum steuerbar ist, da seinem institutionellen Rahmen vorwiegend ethische Erwägungen zugrunde liegen.

8 Zuwanderung aus Indien

Die Zuwanderung aus Indien weist im Vergleich zu den anderen größeren Wanderungsbewegungen der letzten Jahre die große Besonderheit auf, dass zu großen Teilen hochqualifizierte Personen ins Land gekommen sind. So lag der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die eine Experten- oder Spezialistentätigkeit ausübten, die in der Regel einen Hochschul- oder Fortbildungsabschluss zum Meister, Techniker oder Fachwirt voraussetzt, im September 2022 bei den indischen Staatsangehörigen bei 56,5 Prozent, im Vergleich zu nur 17,1 Prozent bei allen Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und 30,0 Prozent bei den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Dabei arbeiteten die indischen Beschäftigten mit einem Anteil von 21,2 Prozent sehr häufig in der IKT-Branche, die vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands von besonderer Bedeutung ist (Bundesagentur für Arbeit, 2023b). Auch findet sich ein Schwerpunkt der Beschäftigung von indischen Staatsangehörigen im von Fachkräfteengpässen besonders betroffenen MINT-Bereich (Anger et al. 2023). Die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit indischer Staatsangehörigkeit war im September 2022 mit 106.000 Personen im Vergleich zu anderen großen Zuwanderergruppen, wie den Personen aus den neuen EU-Mitgliedsländern, jedoch noch eher überschaubar. Allerdings hat sie sich damit gegenüber dem September 2010 bereits verachtfacht und die Zuwanderung weist derzeit eine sehr positive Entwicklungstendenz auf, die lediglich durch einen Corona-bedingten Einbruch in den Jahren 2020 und 2021 kurz unterbrochen wurde (Abbildung 8-1).

Abbildung 8-1: Entwicklung der Zuwanderung aus Indien

Nettozuwanderung laut Wanderungsstatistik



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2023a; eigene Berechnungen

Dass sich die Zuwanderung aus Indien im Hinblick auf die Fachkräftesicherung und damit letztlich auch ihre gesamtwirtschaftlichen Effekte so positiv darstellt, hat mehrere Gründe. Zunächst ist von großer Bedeutung, dass ein Großteil der indischen Staatsangehörigen über die Erwerbs- und Bildungsmigration nach Deutschland kommt und Wanderungsbewegungen ohne gültige Einreisedokumente insbesondere auch auf der Suche nach Asyl keine bedeutende Rolle spielen. So kann Deutschland steuern, wer ins Land kommt und gezielt die Personen auswählen, die hier besonders gute Perspektiven haben. Dabei ist das deutsche Aufenthaltsrecht so ausgestaltet, dass die Erwerbszuwanderung von Akademikern und der Zugang an die Hochschulen vergleichsweise leicht möglich sind, wohingegen es im beruflich-qualifizierten Bereich noch etwas größere Hemmnisse gibt, die zu bedeutenden Teilen auf die Unterschiedlichkeit der Bildungssysteme weltweit zurückgehen. Dass die in diesem Kontext bislang ins Land gekommenen indischen Staatsangehörigen vorwiegend hochqualifiziert sind, ist also sehr gut nachvollziehbar.

Beachtlich ist hingegen, dass sie sich in zunehmendem Maße für Deutschland als Zielland entscheiden, obschon sie mit ihrem hohen Bildungsniveau zumeist auch die Option hätten, in ein angelsächsisches Land zu gehen. Letztere haben nicht nur den Vorteil, dass kaum Sprachbarrieren bestehen, da das Englische in Indien Amtssprache ist und von den gebildeten Schichten in der Regel auch entsprechend gut beherrscht wird, sondern auch, dass hier bereits große indischstämmige Communities leben, die den Migrationsprozess unterstützen können. Ein entscheidender Faktor könnte dabei sein, dass Deutschland in den letzten Jahren, insbesondere auch mit der Online-Plattform „Make it in Germany“, in Indien sehr gezielt Werbung für die Zuwanderung von Fachkräften nach Deutschland macht (Geis-Thöne, 2022d).

Obschon Qualifikationsstruktur und Arbeitsmarkterfolg der aus Indien zugewanderten Personen herausragend sind, erfolgt auch aus anderen demografiestarken Ländern außerhalb Europas eine im Hinblick auf die Fachkräftesicherung in Deutschland sehr günstige Zuwanderung. Zu nennen sind hier etwa Ägypten, Indonesien und Kolumbien (Geis-Thöne, 2023a, b, c). Allerdings hat Indien gegenüber diesen anderen Ländern ein zentrales Alleinstellungsmerkmal. Dies ist seine Größe. So war im Jahr 2021 etwa die Bevölkerung in ganz Lateinamerika zusammen mit 654 Millionen weniger als halb so groß wie in Indien mit 1,40 Milliarden Personen, was mehr als einem Sechstel der Weltbevölkerung entsprach (Geis-Thöne, 2023c). Nur China ist ähnlich groß, während die USA als drittbevölkerungsstärkstes Land bereits nur auf rund ein Viertel dieses Niveaus kommen. Allerdings ist der demografische Wandel in China bereits sehr viel weiter vorangeschritten als Indien. So lag die Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen hier im Jahr 2021 nur mehr bei 264.000, wohingegen es in Indien noch 9,81 Millionen waren (UN, 2023). Damit sind die Migrationspotenziale in Indien auch sehr viel größer als in jedem anderen Land weltweit, sodass es bei migrationspolitischen Strategien zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland auch grundsätzlich im Fokus stehen sollte. Dabei sollte darauf hingearbeitet werden, dass in Zukunft auch verstärkt Personen mit etwas niedrigerem Qualifikationsniveau zuwandern, die dann in Deutschland Tätigkeiten ausüben (können), die typischerweise einen beruflichen Bildungsabschluss voraussetzen, da hier ebenso wie im akademischen Bereich zunehmende Fachkräftelücken bestehen. Allerdings sollte sich Deutschland nicht vollkommen abhängig von Indien machen und gleichzeitig auch in anderen Weltregionen gezielt Fachkräfte anwerben.

9 Fazit und Ableitungen für die Politik

Die Zuwanderung nach Deutschland hat im Jahr 2022 mit 1,46 Millionen mehr Zu- als Fortzügen ihr mit weitem Abstand höchstes Niveau in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. Ursächlich hierfür war vor allem die starke Fluchtbewegung in Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Diese weist die Besonderheit auf, dass erstmals Personen aus einem Kriegsgebiet visumfrei in die EU einreisen und die Flüchtenden entsprechend unmittelbar nach Deutschland gelangen konnten. Gleichzeitig lag allerdings auch die Nettozuwanderung aus den anderen Ländern mit 503.000 Personen auf einem historisch sehr hohen Niveau. Dies geht zu bedeutenden Teilen auf einen wieder verstärkten Zuzug Geflüchteter aus dem außereuropäischen Raum, wie insbesondere Syrien und Afghanistan, zurück. Viele der in diesem Kontext ins Land kommenden Personen haben zunächst am deutschen Arbeitsmarkt größere Probleme und dürften längerfristig auf staatliche Transferleistungen angewiesen sein. Gleichzeitig lagen allerdings auch die Zuwanderungsbewegungen aus den neuen EU-Mitglieds- und den Westbalkanländern auf hohem Niveau. Diese haben meist erwerbsbezogenen Charakter und helfen Lücken am deutschen Arbeitsmarkt schnell zu schließen, sodass sie aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sehr positiv zu werten sind. Zudem wurde im Jahr 2022 bei der Zuwanderung aus Indien, die sich durch ein sehr hohes Bildungsniveau der nach Deutschland kommenden Personen auszeichnet und einen strukturell besonders großen Beitrag zur Fachkräftesicherung in Deutschland leistet, ein neuer Höchststand erreicht. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass im Jahr 2022 sowohl verstärkt Zuwanderungsbewegungen erfolgt sind, die einen substanziellen Beitrag dazu leisten, die Folgen des demografischen Wandels am Arbeitsmarkt abzumildern und die öffentlichen Haushalte zu stabilisieren, als auch solche, die in größerem Maße staatliche Unterstützung benötigen. Dies ist der Fall, wenn die betreffenden Personen nicht über die notwendigen qualifikatorischen Voraussetzungen verfügen, um in Deutschland Fachkräftestellen zu besetzen.

Vor diesem Hintergrund steht Deutschland vor der großen Herausforderung, dass es aus ökonomischer Sicht einige Zuwanderungsformen sehr gezielt fördern und gleichzeitig an anderer Stelle eher restriktiv vorgehen sollte, wobei allerdings ethische und humanitäre Aspekte immer im Blick behalten werden müssen. Gefördert werden müssen aus ökonomischer Sicht vor allem die Erwerbs- und Bildungszuwanderung aus Drittstaaten, wobei bei Letzterer der Fokus auf Personen mit einer längerfristigen Bleibeperspektive im Land liegen sollte. Wichtig ist hierfür ein moderner zuwanderungsrechtlicher Rahmen, der gute Zugangswege bietet und einfache, schnelle und transparente Verfahren ermöglicht. Derzeit stellen lange Bearbeitungs- und Wartezeiten bei der Visavergabe noch ein substanzielles Hemmnis für die Zuwanderung von Fachkräften aus dem außereuropäischen Ausland dar. Hinzukommen muss eine sehr gezielte, werbende Ansprache von potenziell in Frage kommenden Personen. Hier leistet die Online-Plattform „Make it in Germany“ mit ihren Informationsangeboten über Arbeiten und Leben in Deutschland bereits heute einen wichtigen Betrag. Zudem sollte es den zuwandernden Fachkräften möglichst leicht gemacht werden, sich in den deutschen Arbeitsmarkt und die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Die Sprachbarriere stellt hier ein zentrales Hindernis dar, sodass Deutschlernangebote in den Heimatländern und in Deutschland sehr wichtig sind. Auch ist es für deutsche Arbeitgeber vor dem Hintergrund der Unterschiedlichkeit der Bildungssysteme weltweit in manchen Fällen sehr schwierig, die konkreten Qualifikationen von im Ausland ausgebildeten Personen abzuschätzen, weshalb entsprechende Fachinformationen, wie sie dem BQ-Portal zu Verfügung stehen, für die Migrationsprozesse ebenfalls von großer Bedeutung sind. Ein restriktives Vorgehen ist hingegen vorwiegend beim Zuzug von Personen ohne gültige Einreisedokumente notwendig. Vor dem Hintergrund der offenen Grenzen innerhalb des Schengenraums kann Deutschland hier allerdings nicht eigenständig agieren, sondern ist auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern angewiesen.

Eine Folge der starken Zuwanderung der letzten Jahre ist, dass viele politischen Planungsprozesse sehr schwierig geworden sind. Ohne diese hätte bereits ein Schrumpfungsprozess der Bevölkerung eingesetzt, der etwa auch den Bedarf an Wohnungen langsam reduziert hätte. So ist die Bevölkerung jedoch noch gewachsen und braucht entsprechend auch mehr Wohnraum und Infrastrukturleistungen. Da nicht nur Deutschland, sondern etwa auch die neuen EU-Mitgliedsländer vom demografischen Wandel betroffen sind, kann allerdings nicht per se davon ausgegangen werden, dass sich dies in den nächsten Jahren so fortsetzt und es nicht wieder zu einer Phase sehr geringer Zuwanderung, wie in den 2000er-Jahren, kommt. Dabei spielen hierfür nicht nur die migrationspolitischen Entscheidungen in Deutschland und Europa, sondern auch kaum prognostizierbare politische und wirtschaftliche Entwicklungen in der Welt eine Rolle. So war es etwa auch im Jahr 2021 noch nicht absehbar, dass es im Jahr 2022 zu einem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und in seiner Folge zu einem starken Zuzug Geflüchteter nach Deutschland kommen würde. Vor diesem Hintergrund wäre es grundsätzlich sinnvoll, Planungsprozesse, bei denen die demografische Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist, möglichst flexibel zu gestalten und regelmäßig anzupassen. Allerdings können dem die zunehmenden Fachkräfteengpässe in der staatlichen Verwaltung entgegenstehen.

Wichtig ist in der aktuellen Situation auch eine gute Öffentlichkeitsarbeit zur Zuwanderung, die die positiven Aspekte herausstellt und die negativen nicht verschweigt. Ansonsten droht die Gefahr, dass sich zuwanderungskritische Positionen verbreiten und die Offenheit der Gesellschaft abnimmt. Diese ist jedoch notwendig, um in größerem Maß Fachkräfte aus dem Ausland für den Zuzug nach Deutschland gewinnen und hier halten zu können. Gelingt dies nicht, dürfte der demografische Wandel zu so starken Engpässen am Arbeitsmarkt führen, dass die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und das Wohlstandsniveau der Bevölkerung nur sehr schwer erhalten werden können. Auch auf die gesellschaftliche Entwicklung kann sich ein immer kleinerer Anteil jüngerer Personen sehr negativ auswirken. Junge Zuwanderer können diese in besonderem Maße bereichern, da mit ihnen länderübergreifende soziale Netzwerke entstehen können.

10 Abstract

In 2022, more people immigrated to Germany than ever before in the history of the Federal Republic. Around 1.46 million more people moved here than left the country, which is more than a quarter more than the previous record of 1.14 million from 2015. The main reason for this was the flight from the Russian war of aggression on Ukraine in February. On balance, a total of 960,000 people came to Germany from here in 2022. In their case, it was possible for the first time in the history of the Federal Republic of Germany for refugees from a war zone to enter Germany without a visa, which makes immigration much easier than for refugees from outside Europe. Against this backdrop, an improvement of the situation in Ukraine could also quickly lead to a comparatively strong return migration. It is not yet possible to assess the long-term impact of accepting refugees from Ukraine on securing skilled labour and public budgets, as their integration is still at its beginning.

Disregarding immigration from Ukraine, the total net immigration of 503,000 people from other countries in 2022 is still at historically very high level. This is largely due to a renewed increase in the influx of refugees from outside Europe. In 2022, a total of 218,000 first-time applications for asylum were filed, most of them (71,000) by Syrian nationals. The trend is still upwards. In the first half of 2023, the number of asylum applications was already 150,000. It should be noted that Ukrainian nationals in Germany currently receive refugee protection through other channels. Many of these refugees from outside Europe have only a very low level of qualification, have difficulties in the German labour market and are dependent on state transfer payments. Therefore, despite the increasing demographic gaps in the working-age population, their influx is not necessarily advantageous for Germany from an economic point of view. However, it should be borne in mind that the admission of refugees is based on humanitarian considerations and should therefore not be assessed primarily on the basis of economic criteria.

The situation is different for immigration from the new EU member states and the Western Balkan countries, which was also very significant with balances of 78,000 and 65,000 persons in 2022. Most of the people moving from here succeed in integrating well into the German labour market, so that they also contribute substantially to the stabilisation of public budgets. However, these regions of origin are also strongly affected by demographic change. This has a negative effect on the future migration potential and is an argument against a priority recruitment of skilled workers for the German labour market from here. Therefore, a targeted strategy to secure the skilled labour force through immigration must focus on demographically strong countries outside Europe. Germany has already achieved major successes in this area in India in recent years. On balance, around 38,000 more migrated to Germany from India in 2022. Moreover, with a share of 56.5 per cent in September 2022, employees subject to social insurance contributions with Indian citizenship very often exercised activities that typically require a university degree or advanced training qualification as a master craftsman. Immigration from other non-European countries, such as Egypt, Indonesia and Colombia, is very favourable in terms of securing skilled labour and stabilising public budgets, too. However, it is at a much lower level. India's outstanding position is largely due to the fact that more than one sixth of the world's population lives here.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Nettozuwanderung im Jahr 2022 nach Herkunftsregionen	7
Abbildung 2-2: Im Jahr 2022 zugewanderte, am 31.12.2022 in Deutschland lebende Ausländer	8
Abbildung 2-3: In den letzten vier Jahren zugewanderte Ausländer nach Herkunftsregionen	9
Abbildung 2-4: In den letzten zehn Jahren zugewanderte Ausländer nach Herkunftsregionen	10
Abbildung 3-1: Entwicklung der ukrainischen Bevölkerung in Deutschland	11
Abbildung 4-1: Entwicklung der Asylbewerberzahlen in Deutschland.....	13
Abbildung 4-2: Aktuelle Entwicklung der monatliche Asylantragszahlen	14
Abbildung 5-1: Beschäftigte mit Staatsangehörigkeiten der neuen EU-Mitgliedsländern	16
Abbildung 5-2: Entwicklung der Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern	18
Abbildung 6-1: Entwicklung der Zuwanderung aus den neuen Westbalkanländern	19
Abbildung 7-1: Entwicklung der Zuwanderung aus der Türkei	21
Abbildung 8-1: Entwicklung der Zuwanderung aus Indien.....	22

Literaturverzeichnis

Anger, Christina / Betz, Julia / Plünnecke, Axel, 2023, MINT-Bildung stärken, Potenziale von Frauen, Älteren und Zuwandernden heben, Gutachten für BDA, MINT Zukunft schaffen und Gesamtmetall, Köln

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2023, Das Bundesamt in Zahlen 2022: Asyl, <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2022-asyl.html?view=renderPdfViewer&nn=284738> [14.06.2023]

BiBB – Bundesinstitut für Berufsbildung, 2023, Datensystem Auszubildende (DAZUBI): Zusatztabellen mit Daten/Indikatoren, <https://www.bibb.de/de/1868.php> [14.06.2023]

BpB – Bundeszentrale für politische Bildung, 2021, 10 Jahre Arbeitnehmerfreizügigkeit für die EU-Beitrittsstaaten von 2004, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/332227/10-jahre-arbeitnehmerfreizuegigkeit-fuer-die-eu-beitrittsstaaten-von-2004/> [14.06.2023]

Brücker, Herbert / Burkert, Carola, 2017, Westbalkanregelung: Arbeit statt Asyl?, IAB-Forum, <https://www.iab-forum.de/westbalkanregelung-arbeit-statt-asyl/> [2.10.2018]

Bundesagentur für Arbeit, 2023a, Migrationsmonitor (Monatzzahlen): Deutschland Mai 2023, Nürnberg

Bundesagentur für Arbeit, 2023b, Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten (Quartalszahlen): Deutschland, Länder und Kreise 30. September 2022, Nürnberg

Eurostat, 2023, Datenbank, <https://ec.europa.eu/eurostat/web/main/data/database> [14.06.2023]

Geis, Wido, 2017, Eckpunkte eines modernen Zuwanderungsrechts, IW-Policy Paper, Nr. 21, Köln

Geis, Wido, 2018, Zuwanderung aus den Westbalkanländern: Kaum noch Asylsuchende, dafür viele qualifizierte Erwerbszuwanderer, IW-Report, Nr. 41, Köln

Geis, Wido / Placke, Beate / Plünnecke, Axel, 2016, Integrationsmonitor: Ein Fortschrittsbericht, Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2020a, Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern kommt in vielen Regionen an. Eine Analyse der Veränderungen von Bevölkerung und Beschäftigung in den Kreisen, IW-Report, Nr. 38, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2020b, Über eine Million erwerbsorientierte Zuwanderer in 10 Jahren. Eine Auswertung der Wanderungsmotive nach Deutschland zugezogener Personen, IW-Report, Nr. 29, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2021, In Europa entwickeln sich die Bevölkerungen im erwerbsfähigen Alter unterschiedlich. Eine Analyse der demografischen Strukturen in den 27 EU-Ländern, IW-Report, Nr. 38, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2022a, Der Arbeitsmarkt erlebt derzeit eine Zeitenwende, in: Zeitgespräch: Angespannter Arbeitsmarkt – Arbeitskräftemangel nach Corona, Wirtschaftsdienst, 102. Jg., Heft 9, S. 673-676

Geis-Thöne, Wido, 2022b, Abwanderung aus Deutschland bei einer insgesamt sehr positiven Wanderungsbilanz. Eine Analyse der verfügbaren Daten zu Fortzügen und Abwanderungsabsichten, IW-Report, Nr. 13, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2022c, Lehrkräftebedarf und -angebot: Bis 2035 steigende Engpässe zu erwarten, Szenariorechnungen zum INSM-Bildungsmonitor, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2022d, Zuwanderung aus Indien: Ein großer Erfolg für Deutschland. Entwicklung und Bedeutung für die Fachkräftesicherung, IW-Report, Nr. 1, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2023a, Zuwanderung aus Nordafrika. Erste Erfolge und weitere Potenziale für die Fachkräftesicherung, IW-Report, Nr. 14, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2023b, Zuwanderung aus Südostasien. Erfolg und Potenzial für die Fachkräftesicherung, IW-Report, Nr. 23, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2023c, Zuwanderung aus Lateinamerika. Erfolge und Potenziale für die Fachkräftesicherung, IW-Report, Nr. 25, Köln

Geis-Thöne, Wido / Klös, Hans-Peter / Krey, Kerstin / Plünnecke, Axel, 2022, Fluchtmigration aus der Ukraine – Herausforderungen meistern, IW-Kurzbericht, Nr. 26, Köln

Heß, Barbara, 2022, Potenziale von Asylantragstellenden: Analyse der „SoKo“-Sozialstrukturdaten, Jahresbericht 2021

KMK-Kultusministerkonferenz, 2023, Abfrage der geflüchteten Kinder/Jugendlichen aus der Ukraine: 24. Kalenderwoche (12.06. - 18.06.2023), https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Ukraine/2023/AW_Ukraine_KW_24.pdf [14.06.2023]

Mielke, Katja, 2022, Kriege und Konflikte: Afghanistan, <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/155323/afghanistan/> [14.06.2023]

Müller, Ruth / Reinig, Alexandra / Klingholz, Reiner, 2017, Beschäftigung und Migration in der Region Westbalkan: Übersicht der Wanderungsbewegungen und Arbeitsmärkte, <https://www.berlin-institut.org/studienanalysen/detail/beschaeftigung-und-migration-in-der-region-westbalkan> [14.06.2023]

OECD, 2023, Database on Immigrants in OECD and non-OECD Countries: DIOC, <https://www.oecd.org/els/mig/dioc.htm> [14.06.2023]

Oruc, Nermin, 2021, Auswanderung aus den Westbalkanstaaten, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/505174/auswanderung-aus-den-westbalkanstaaten/> [14.06.2023]

Statistisches Bundesamt, versch. Jg., Bildung und Kultur: Studierende an Hochschulen, Fachserie 11 Reihe 4.1, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2023a, GENESIS Online-Datenbank, <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon> [14.06.2023]

Statistisches Bundesamt, 2023b, Ukraine: Gesellschaft, https://www.destatis.de/DE/Im-Fokus/Ukraine/Gesellschaft/_inhalt.html [14.06.2023]

Tagesschau, 2022, Flughafenchaos: Nur 32 Visa für türkische Aushilfen, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/aushilfen-flughaefen-101.html> [14.06.2023]

Thränhardt, Dietrich, 2023, Mit offenen Armen – die kooperative Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine in Europa: Eine Alternative zum Asylregime, Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20088.pdf> [14.06.2023]

UN – United Nations, 2023, World Population Prospects 2022, <https://population.un.org/wpp/> [14.06.2023]